

Wirtschaftliche Inwertsetzung – *la mise en valeur* – und soziale Entwicklung. Der Entwicklungsdiskurs der kolonialen Verwaltung von Französisch Westafrika (AOF) zwischen 1920 und 1960

Walter Schicho

Abstract

Die französische Kolonialpolitik zwischen 1920 und 1960 versuchte mit Hilfe zentraler Planung die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien zu steuern. Das Ziel war einerseits eine größere Unabhängigkeit Frankreichs von Rohstoffimporten aus Drittstaaten, andererseits eine effizientere Kontrolle der kolonisierten Völker. Soziale Maßnahmen, wie vor allem Gesundheitsvorsorge und „angepasste Bildung“, dienten der Sicherung und Disziplinierung von Arbeitskraft sowie der Abschwächung des Widerstands in den Kolonien, der noch bis gegen Ende der 1920er Jahre immer wieder durch Militäreinsatz niedergeschlagen wurde.

„Entwicklung“ verband im kolonialen Diskurs den wirtschaftlichen Nutzen der Metropole mit einem – von Frankreich geplanten – Fortschritt der Kolonisierten. In der Untersuchung werden drei größere Planungsvorhaben angesprochen: Die „*mise en valeur*“ Kolonialminister Sarrauts in den 1920er Jahren, die Sozialpolitik der Volksfrontregierung 1936 bis 38 und die spätkolonialen Entwicklungsfonds nach 1945. Die Umsetzung der Pläne erwies sich jedoch in allen drei Fällen als schwierig bis unmöglich, was einerseits auf die Einstellung und Kompetenz der Akteure, andererseits auf das Fehlen ausreichender finanzieller Mittel zurückgeführt werden kann.

Charakteristisch für das koloniale Entwicklungsdispositiv ist der krasse Unterschied zwischen Diskurs und Handeln, eine Eigenschaft, die auch das postkoloniale Entwicklungsregime kennzeichnet. Darüber hinaus zeigt die Analyse von Dokumenten aus dem französischen Kolonialarchiv noch weitere Komponenten, wie Fokussierung auf bäuerliche Produktion, Wachstum und globale Integration als Voraussetzung für Entwicklung, Vorrang der Technologie vor sozialer Entwicklung, der Topos vom gemeinsamen Vorteil sowie der Topos der „kommunistischen Gefahr“, die sich über das Ende der Kolonialregierung hinaus auch im globalen *aid business* erkennen lassen.

Einleitung

« *L'évolution doit se faire avec nous et non pas contre nous.* »
(Programme Général de la Conférence de Brazzaville, Janvier 1944)

In einer Studie zum *Colonial Welfare Act* von 1929 stellte George Abbott (1971) hinsichtlich der britischen Kolonialpolitik nach dem Ersten Weltkrieg fest, sie sei geprägt von widersprüchlichen Zugängen („torn between several rival philosophies“). Er belegt dies mit einem Zitat aus dem *Report of the East African Commission*: „We are not only trustees for the development and advance in civilization of the African, but we are also trustees for the world of very rich territories. This means that we have a duty to humanity to develop the vast economic resources of a great continent.“ (zit. nach Abbott 1971: 69) Der Konflikt zwischen der Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen – wobei sich das metropolitane Interesse hinter einem globalen Anspruch („humanity“) verbirgt – auf der einen Seite und der („treuhändischen“) Verantwortung für die Kolonisierten auf der anderen prägt auf ähnliche Weise den französischen Kolonialdiskurs der Epoche zwischen 1920 und 1960.

Dieser „Konflikt“ ist allerdings nur ein vorgeblicher, denn aus den Aussagen der verschiedenen Akteure wird bald ersichtlich, dass die Planer ihre wirtschaftliche Entwicklung zur Voraussetzung für den „Fortschritt der afrikanischen Zivilisation“ machen.

Damit ist einer der Topoi, die den heutigen Entwicklungsdiskurs dominieren, bereits kolonial vorgegeben. Wachstum und die Integration in die metropolitane bzw. globale Wirtschaft wird als Voraussetzung für Entwicklung angenommen. So heißt es etwa im Selbstbild der US-amerikanischen Entwicklungshilfeagentur USAID: „Broad-based economic growth is essential to sustainable, long-term development“, und im gleichen Text wird auch auf den Nutzen für die Metropole verwiesen: “Our economic growth programs also help build new markets for the United States by expanding trade and supporting the emergence of middle-class consumers that can buy U.S. goods and services.“ (USAID 2014) Ein genauerer Blick auf den kolonialen Entwicklungsdiskurs wird zeigen, dass viele Argumente, Stereotypen und Widersprüche, die das postkoloniale Entwicklungsregime prägen, bereits im kolonialen Raum vorgegeben waren.

Die Auffassungen vom „kolonialen Auftrag“ – Kolonialminister Albert Sarraut fand dafür Bezeichnungen wie „*la mission humaine*“, „*l'œuvre humaine de civilisation*“ oder „*la mission sacrée de civilisation*“ (Sarraut 1923: 84, 23, 91) – waren keineswegs einheitlich. Unterschiedliche Diskursebenen und Diskurspositionen schaffen ein Neben- und Miteinander von Sichtweisen, die bestimmen, ob und wie koloniale „Entwicklung“ gesehen und formuliert wird. Vollends auseinanderlaufend zeigen sich im kolonialen Entwicklungsdispositiv Diskurs und Handeln. Der Widerspruch zwischen dem, was gesagt wird – gerichtet an Kolonialministerium und Parlament, an eine (teilweise kritische) Öffentlichkeit in der Metropole, die zunehmend zu einer globalen Öffentlichkeit wird, sowie an die Eliten der Kolonien – und dem Handeln der kolonialen Akteure wird anhand unterschiedlicher Bereiche sichtbar: Gestaltung des (vor allem städtischen) Raums und der Infrastruktur, Ausrichtung von Investitionen, indirekte Verwaltung, Kontrolle der Arbeitskraft, Besteuerung, Industrialisierung, Technologietransfer und anderes mehr.

René Maran, Kolonialbeamter aus Martinique und Schriftsteller, veröffentlichte 1923 in *Paris Soir* einen Kommentar zu einem Vortrag, den Kolonialminister Sarraut in der *École coloniale* gehalten hatte; in diesem Text kritisierte er unter anderem den Widerspruch zwischen Diskurs und Handeln. „Von allen Seiten versichert man mir, der Kolonialminister liebe die Eingeborenen. Schon möglich. Das erforderte jedoch, dass er ihnen seine Liebe auf andere Weise zeigt als bloß durch Worte.“ (Fonds Albert Sarraut 12J35)

Der französische Historiker und Journalist Charles-André Julien stellte Frankreichs kolonialem Projekt am Vorabend des Zweiten Weltkriegs ein extrem schlechtes Zeugnis aus:

„The Empire in 1939 was an ill-assorted whole lacking common institutions and plans for the future. It had been built up by a minority and was of interest only to specialists many of whom thought more of their own profit than of the colonies. Economically, power lay in the hands of business men who owned the chief newspapers and could put pressure on the politicians. Business profits were brought back to France instead of being invested on the spot. The colonies, lacking credit, had to make financial efforts out of proportion to their resources, which meant that the standard of living of the masses was kept very low by indirect taxes, levies and forced

labour. The Government, faithful to the idea of mercantilism, continued to regard the colonies as reservoirs of raw materials and foodstuffs and buyers of its manufactures. It was ungenerous with capital and the capital equipment of the colonies was incomplete and precarious.“ (Julien 1950: 491)

Auch wenn dieser Beitrag in der britischen Zeitschrift *International Affairs* aus einer stark kolonialkritischen Position heraus geschrieben wurde, so liefert er doch einen Beleg dafür, wie deutlich sich das von Julien angesprochene koloniale Handeln vom Diskurs unterschied, der Planung, Verantwortung, soziale Entwicklung und Förderung der Kolonisierten gleich wie den metropolitanen Profit behandelte. Dass sich die kolonialen Akteure des Widerspruchs bewusst waren, wird aus ihren Kommentaren immer wieder sichtbar. Das Grundsatzpapier zur Vorbereitung der Konferenz von Brazzaville (1944) nennt das koloniale Handeln der Franzosen „prinzipiell auf den Nutzen der Einheimischen gerichtet“, doch wäre „diese durchaus richtige Einstellung nicht immer sinngemäß umgesetzt worden (*mais ce sentiment juste n'a pas toujours été appliqué avec logique*)“. Desgleichen würde es nicht genügen, die wirtschaftliche Autonomie Afrikas als „etwas Notwendiges zu benennen“ – dem „moralischen Vorsatz“ müsste auch die Praxis folgen. (*Archives Nationales d'Outre-Mer*, fortan ANOM, 1affpol-2201/5-1)²³

Meine Darstellung geht den verschiedenen Sichtweisen anhand einiger Stränge des kolonialen Diskurses nach, wie er in Berichten und Analysen kolonialer Beamter sowie politischer Funktionäre und Sozialwissenschaftler sichtbar wird, die in bzw. für die Föderation des französischen Westafrika (AOF, *Afrique occidentale française*) tätig waren. Einbezogen werden auch Diskursbeiträge afrikanischer Vertreter, wie der Abgeordneten zu verschiedenen Einrichtungen der kolonialen Verwaltung (*Conseil du Gouvernement, Conseil général, Assemblée territoriale* etc.), die dem kolonialen Diskurs der Peripherie durchaus angepasst sind. Die Analyse blendet hingegen den kolonialen Diskurs in der Metropole – in Abgeordnetenhaus und Senat, in zuständigen Ministerien, in den Medien, in Wirtschaftskreisen und im Privaten – ebenso wie die koloniale Praxis weitgehend aus. Wegen der Verflechtung von Metropole und Peripherie und des stark

²³ Alle Übersetzungen aus dem Französischen erfolgten durch den Verfasser.

zentralistischen Charakters der französischen Politik ist dieser metropolitane Diskurs jedoch im Hintergrund immer präsent.

In die Untersuchung nicht einbezogen werden Gegendiskurse zum kolonialen Diskurs, der jedoch immer wieder auf deren Vorhandensein verweist, einerseits in Verbindung mit dem Topos der „kommunistischen Gefahr“,²⁴ andererseits in Zusammenhang mit Berichten über lokalen Widerstand und Revolten.

Der politische und wirtschaftliche Rahmen

Drei große Krisen markierten Europas Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Zwei Weltkriege und die Wirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre. Für Frankreich und sein koloniales Imperium bedeuteten diese Krisen jeweils Momente, die zur Verfassung neuer und zur Anpassung vorhandener Modelle und Strategien politischen und wirtschaftlichen Handelns führten.

Der Erste Weltkrieg machte Frankreich bewusst, dass es wirtschaftlich und strategisch von Rohstoffen abhängig war, die von Dritten produziert wurden und deren Import nicht nur teuer kam, sondern unter Bedingungen des Krieges manchmal schlichtweg unmöglich war. Zudem hatten Kontingente von Soldaten aus den Kolonien im Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle gespielt.

1923 wies der damalige Kolonialminister Albert Sarraut in seiner Einleitung zu *La mise en valeur des colonies Françaises* (Saraut 1923) darauf hin, dass Kolonialpolitik nicht mehr den Interessen einiger weniger dienen sollte,

²⁴Damit angesprochen werden antikoloniale Bewegungen, Agitation und Manifeste einer recht breiten Anzahl von Akteuren: das reicht von kritischen metropolitane Akteuren (wie Journalisten, oder auch Abgeordnete zum Parlament), über Gewerkschaftsfunktionäre und Vertreter der kommunistischen Internationale bis zu den Repräsentanten panafrikanischer Bewegungen, die nicht nur wegen ihrer Forderungen, sondern auch wegen ihrer Herkunft aus britischen kolonialen Besitzungen oder aus den USA verdächtig wurden. „It was Sarraut who, in an April 1927 speech to a settler audience in Constantine, Algeria, famously identified Communist ideology as the foremost danger to French national and imperial security, coining the phrase *Le Communisme, voilà l'ennemi*.“ (Thomas 2005: 920)

sondern eine „nationale Idee“ geworden war. Zur Begründung führte er drei Punkte an:

- die militärische Sicherheit, denn Frankreichs Verteidigung sei auf Soldaten aus den Kolonien angewiesen: „Sa sécurité est désormais tributaire de ses colonies“;
- die wirtschaftliche Einbindung, denn die Kolonien waren imstande „Baumwolle, Wolle, Seide, Kautschuk, Holz, Fette und Erze zu liefern, die der französische Markt Jahr für Jahr um Milliarden Francs von ausländischen Lieferanten ankaufen musste“;
- der menschliche Fortschritt, „die wichtige Rolle die Frankreich einnehmen kann und muss, wenn es um die Lösung schwieriger Probleme geht, die der Fortschritt der Menschheit in Zukunft der Welt auferlegen wird.“ (Sarraut 1923: 17, 18)

Albert Sarraut, Politiker der radikalen Partei und maßgeblicher Repräsentant der *Groupes de pression* des *Parti colonial* im französischen Parlament (Brunschwig 1959, Ageron 2005), griff die Ideen der 1917 vom damaligen Kolonialminister André Maginot organisierten Kolonialkonferenz auf (Michel 2003: 172ff) und formulierte aus dieser Sicht ein Konzept der „Inwertsetzung“ – *la mise en valeur* – der Kolonien. Dessen Realisierung sollte den Raubkolonialismus der frühen Kolonialzeit durch eine zentral geplante Nutzung ersetzen: mit Hilfe einer Modernisierung der Produktion, des Ausbaus der Infrastruktur und einer Erhöhung der Effizienz (verbunden mit einer Reduktion der Kosten) kolonialer Verwaltung. Das brachte eine Einschränkung des kolonialen Liberalismus mit sich, eine Tendenz, die sich in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise noch intensivierte: die politische Zentralmacht des Imperiums übernahm die Kontrolle der wirtschaftlichen Planung und war auch zunehmend dazu bereit, die Umsetzung der Pläne zu finanzieren. Auch hier zeigt sich eine Parallele zum globalen *aid business* von heute, das seit den 1950er Jahren durch eine sukzessive Übernahme der Definitionsmacht von Entwicklung durch die Bretton Woods Institutionen (und dahinter die USA als globale Metropole) geprägt ist.

Nach einer parlamentarischen Kampagne (vgl. u.a. *Journal Officiel de la République Française débats* – fortan JORF débats – 19.2.1920, 27.2.1920) legte Sarraut im April 1921 dem französischen Parlament ein umfangreiches Programm vor, das „staatliche Infrastrukturmaßnahmen, wirtschaftliche

Instrumente und soziale Projekte“ umfasste, „deren methodische Umsetzung in verschiedenen Teilen unseres kolonialen Besitzes einen kräftigen Impuls geben sollte, sowohl was die Entwicklung der materiellen Güter wie den zivilisatorischen Auftrag (*l'œuvre humaine de civilisation*) Frankreichs“ betraf. (Sarraut 1923: 23)

Das Parlament blockierte den Antrag, weil es keine Möglichkeit einer Finanzierung sah; Sarraut (1923: 345) hatte die Kosten auf etwa 4 Mrd. Francs geschätzt – eine Summe, die angesichts einiger schwer einschätzbarer Faktoren und der Schwäche der französischen Währung wenig Endgültigkeit aufwies.²⁵

“As soon as the rhetoric of the *mise en valeur* was translated into a programme costing billions of francs, the enthusiasm of taxpayers and their parliamentary representatives disappeared. The Sarraut plan, introduced amid fanfares in April 1921, was then sidetracked by a parliamentary committee which did not report until the end of 1923. The report had still not been debated when parliament was dissolved in May 1924.” (Andrew/Kanya-Forstner 1978: 21)

Sarraut hatte daran gedacht, die deutschen Reparationen zur Finanzierung heranzuziehen oder die einzelnen Kolonien Kredite aufnehmen zu lassen. Deutschland blieb mit den Zahlungen im Rückstand und die Kolonien hatten aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht das Potential und die Bereitschaft dazu, sich übermäßig zu verschulden.

So blieb von der Planung vorerst nur der Plan. 1923 erschien *La mise en valeur* im Verlag Payot als über 560 Seiten starkes Buch, dessen Rezeption im Kolonialdiskurs des AOF Spuren hinterließ, wenngleich gerade die sozialen und die Bildungsaspekte, die Sarraut immer wieder ansprach, wenig Beachtung fanden.

Nach einem deutlichen Aufschwung der kolonialen Rohstoffproduktion kam Ende der 1920er Jahre die Primärgüter- und Weltwirtschaftskrise, und damit eine strukturelle Krise, „*la crise coloniale*“, die – wie es Coquery-Vidrovitch (1976: 386) sieht – eine „frühzeitige Umkehr der Strategien“

²⁵ Die Investitionen entsprachen in etwa 2% der Kosten des Ersten Weltkriegs für Frankreich – von den dafür geschätzten 200 Mrd. Francs schuldete Frankreich nach Kriegsende rd. 80% anderen Mächten – vor allem den USA und Großbritannien.

auslöste. Das Prinzip der „finanziellen Autonomie“ der Kolonien (Artikel 33 des Finanzgesetzes von 1901) verlor angesichts der staatlichen Investitionen und der finanziellen Garantien der Metropole seine Bedeutung (Coquery-Vidrovitch 1976: 406ff.) Neben der Produktion von Rohstoffen in den Kolonien und ihrem Transfer in die Metropole wurden der Absatz von Waren aus der Metropole in den Kolonien und damit verbunden die Schaffung von Arbeitsplätzen in Frankreich, sowie der Transfer von (freigesetzter) Arbeitskraft nach den Kolonien bevorzugt Ziel von Steuerungsmechanismen. Ende der 1930er Jahre nannte André Touzet in *Le problème colonial et la paix du monde* die „Öffnung neuer Regionen für Einwanderung“, die „Lieferung von Rohstoffen“ und „Absatzgebiet für Handelswaren zu sein“ die drei wesentlichen Ziele einer „abgestimmten europäischen Politik in Afrika“, wobei ihm der Absatz europäischer Fertigprodukte als das Wichtigste erschien. (ANOM 1affpol-109) Der Weg dazu war eine metropolitane, wenn nicht sogar – wie bei Touzet – eine „europäische“ Entwicklungsinitiative.

„Die Krise beschleunigte die Akzeptanz der Modernisierungskonzepte aus Sarrauts Zeit durch den Großteil der kolonialen Praktiker [...]; zu diesen Ideen gehörte die Notwendigkeit einer abgestimmten Planung in Verbindung mit staatlicher Einflussnahme, die den Zufluss öffentlicher Gelder garantierte.“ (Coquery-Vidrovitch 1979: 59)

So war es nicht zuletzt der Generalgouverneur von AOF, Jules Brévié, der sich für die Errichtung eines geschützten Marktes von Metropole und Kolonien stark machte, sowie Maßnahmen zur Unterstützung kolonialer Unternehmen traf, wie Steuererleichterung für Exportprodukte wie z.B. Fettgrundstoffe und Bananen. (Ramognino 2001) Die Abschottung des Imperiums gegen Außen mit dem Ziel einer Absicherung der metropolitane Wirtschaft ließ den *pacte colonial*,²⁶ den Albert Sarraut Anfang der 1920er Jahre für längst überwunden erklärt hatte, wieder an Bedeutung gewinnen.

Frankreich reagierte damit auf die Krise nicht anders als Großbritannien. In Zusammenhang mit der Verabschiedung des *Development Act* von 1929

²⁶ „*Pacte colonial* – Kolonialer Pakt“: im Deutschen nicht gebräuchliche Bezeichnung für jene Form des frühen Kolonialismus, in der allein der Vorteil des Kolonisators Berechtigung hatte.

sagte Lord Passfield, *Secretary of State for the Colonies*, vor dem Oberhaus: "The principal motive for the introduction of this measure is connected with the lamentable condition of unemployment in this country, and this is an attempt to stimulate the British export trade." (Hansard, *Parl. Deb.* [Lords], 5th ser. LXXV, 175, 23 July 1929, zit. nach Abbott 1971: 70)

Die Weltwirtschaftskrise brachte eine beschleunigte Verschlechterung der *terms of trade*. Das verminderte die Kaufkraft der kolonisierten Bevölkerung und die Profite der kolonialen Handelsfirmen (d'Almeida-Topor 1976, Braibant 1976), diente jedoch der Wirtschaft und der Bevölkerung in der Metropole. Die Abgaben auf Exporte und Importe machten die Kolonien zu einem gegen Dritte geschützten, metropolitan regulierten Markt.

„Dieses System [...], ursprünglich eingerichtet wegen eines vorgeblichen Rückstands der Kolonien im französischen Außenhandel, funktionierte während der Krise als Regulator der Konjunktur, der angesichts des Einbruchs des Weltmarkts und einer relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit Frankreich einen geschützten Markt sicherte.“ (Coquery-Vidrovitch 1976: 394f)

Die Kolonien wurden global gesehen zu Frankreichs wichtigstem Handelspartner.

Wie die Auswertung von Statistiken durch eine Forschergruppe um Catherine Coquery-Vidrovitch zeigte (Coquery-Vidrovitch Hg. 1976), führte die Mehrproduktion der afrikanischen Produzenten als Reaktion auf den Preisverfall in der Krise nur in Ausnahmefällen zur Entstehung unverkäuflicher Lager. Dies verbesserte zwar die Lebensbedingungen der kolonialen Bevölkerung nicht, milderte jedoch als Folge der Verbilligung von Importen die Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise für die metropolitane Bevölkerung ab.

Die Maßnahmen, die Paris formulierte und die kolonialen Regierungen umsetzten, stellten einen Kompromiss dar zwischen der Wahrung metropolitaner wirtschaftlicher und politischer Interessen und der Notwendigkeit, das koloniale Kapital in der Krise abzusichern, sowie die Belastung der Bevölkerung in den Kolonien so zu begrenzen, dass es zu keinen schwerwiegenden Protesten und Aufständen kam. Daher unterstützte die Verwaltung die Handelsfirmen u.a. durch Subvention von Transportkosten, und reagierte Paris sehr heftig auf das Versagen der Kolonialverwaltung während der großen Hungersnot in Niger 1930/31.

Angesichts von (offiziell geschätzten) 15.000 Opfern und 30.000 Einheimischen, die nach Nigeria geflüchtet waren, schrieb der Kolonialminister an den Generalgouverneur des AOF:

„Wie ist es möglich, dass sich die lokale Verwaltung dermaßen überraschen ließ und unfähig war derart viele Opfer und Auswanderungen zu verhindern? [...] Es erscheint unverzeihlich, welche Erklärungen auch immer vorgebracht werden können, dass eine Verwaltung so hohe Verluste zustande kommen ließ.“ (ANOM 1affpol-2810-1)

Innerhalb von vier Jahren verfünffachte sich in AOF die Zahl der *sociétés indigènes de prévoyance*, eine Einrichtung der ländlichen Entwicklung, die nach dem Ersten Weltkrieg begründet worden war, jedoch nur langsam hatte Fuß fassen können.

„Die Krise beschleunigte überall die Auflösung der traditionellen ländlichen Strukturen und das Eindringen der Marktwirtschaft; das Paradoxe daran war, dass die Bauern sich zu einer Integration in die Geldwirtschaft gezwungen sahen, gerade weil das westliche Finanzsystem zusammengebrochen war. So kam es, dass die globale Krise von einer sozialen kolonialen Krise überlagert wurde.“ (Coquery-Vidrovitch 1976: 414)

Charakteristisch für diese soziale Krise war einerseits die Verarmung der bäuerlichen Bevölkerung, andererseits die Entstehung einer lokalen Bourgeoisie und afrikanischen Elite sowie der Beginn einer zunehmend raschen Urbanisierung.

Die 1930er Jahre waren eine Dekade heftiger Debatten und Manifestationen kolonialer Akteure in der Metropole. 1931 feierte Frankreich den *Centenaire* – 100 Jahre koloniale Besetzung Algeriens – und die Internationale Kolonialausstellung in Paris präsentierte in zahlreichen Pavillons, aber auch in Publikationen und etwa 200 Konferenzen alle (der Metropole wichtigen) Aspekte der französischen Präsenz in Übersee. (Ageron 2006, Saul 2009: 212) Vier Kongresse der überseeischen Handelskammern (*Chambres de commerce de la France d'Outre-Mer*) zwischen 1931 und 1939 diskutierten Fragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und seinen

Überseebesitzungen – von Landwirtschaft und Bergbau bis Arbeitsrecht und Industrialisierung. (Saul 2009: 210) Sehr zum Missvergnügen der Beteiligten blieben die Forderungen (*vœux*) der überseeischen Wirtschaftstreibenden weitgehend unberücksichtigt. Andererseits zeigten auch die fortschrittlichen Maßnahmen der Volksfrontregierung²⁷ (1936 bis 1938) in Übersee nur geringe Wirkung. „Es ist höchst erstaunlich festzustellen,“ schreibt Catherine Coquery-Vidrovitch (1979: 51), „dass beide Strömungen, von ihrer grundlegenden Auffassung her total unterschiedliche, sowohl sehr altmodische wie im Gegensatz dazu modernistische Züge aufweisen, und doch hinsichtlich der Umsetzung zu ähnlichen Standpunkten kommen, deren wirtschaftliche Voraussetzungen allerdings sofort auf eine engstirnige Grenzsetzung kolonialer Politik stießen.“

Die „*Second Colonial Occupation*“ – in der Formulierung französischer HistorikerInnen eine Periode des „imperialen“ bzw. „imperialistischen“ Kolonialismus (Gallisot 1976: 694f) – erlebte durch den Zweiten Weltkrieg, die Besetzung Frankreichs durch Nazideutschland und die koloniale Politik des mit den Deutschen kollaborierenden Vichy-Regimes in AOF und Nordafrika eine markante Unterbrechung. Im *Rapport politique annuel 1945-1946* des Sénégal schreibt die Lokalverwaltung: „Die Kriegswirtschaft machte eine strikte staatliche Lenkung notwendig, die ihre Auswirkungen auf die lokale politische Planung dahingehend hatte, dass die *chefs de canton* zu bestimmten Zeiten angewiesen waren, bei den Produkten ihres Gebietes auf kriegsnotwendige Güter zu fokussieren.“ (ANOM AOF 2G46/19)

Koloniale Planung setzte erneut mit der Konferenz von Brazzaville 1944 bzw. den Vorbereitungen zu dieser Konferenz ein, die die Grundlagen für die Neugestaltung des französischen Imperiums in Form der *Union Française* schuf. Das Rahmenprogramm der Konferenz nannte als deren Aufgabe „die Definition der kolonialen Doktrin und der Instrumente (*règles pratiques*) zu ihrer Umsetzung“. (ANOM 1affpol-2201/5-1)

Mit dem Gesetz 46-860 vom 30. April 1946 – *Etablissement des plans d'équipement des Territoires D'outre-Mer* (JORF lois 1.5.1946) – kam es auch zur Einrichtung eines Entwicklungsfonds, FIDES (*Fonds d'investissement*

²⁷ „*Le front populaire*“ gewann unter Führung von Leon Blum mit dem Programm „Brot, Friede, Freiheit“ 1936 die Wahlen; die Regierung aus Radikalen und Sozialisten (SFIO, *Section française de l'Internationale ouvrière*) bzw. Sozialisten und Kommunistischer Partei brachte im Parlament eine Reihe fortschrittlicher Gesetze und Änderungen durch, u.a. im arbeitsrechtlichen Bereich.

pour le développement économique et social), der 1949 durch einen weiteren Fonds, auf landwirtschaftliche Entwicklung gerichtet – FERDES, *Fonds d'équipement rural pour le développement économique et social* –, ergänzt wurde. In Verbindung mit einigen anderen Instrumenten sicherten diese Fonds die Finanzierung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung bis Anfang der 1960er Jahre. Der ursprüngliche Zehnjahresplan (1947-1956) wurde in zwei Abschnitte geteilt, wobei während des zweiten (1953-1957) bereits ein weiterer Plan für vier Jahre diskutiert und erstellt wurde, dessen Umsetzung allerdings durch die Unabhängigkeit der meisten Territorien und den steigenden Einfluss anderer Geber (vor allem der USA) in Richtung auf ein postkoloniales Entwicklungsregime verändert wurde. (Tourte 2005: 52-76)

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und die durch ihn ausgelöste Neugestaltung globaler Machtverhältnisse, führten zur Modernisierung der Strategien und Mechanismen wirtschaftlicher Nutzung des kolonialen Potentials und zur Ausweitung der kolonialen Produktion in Richtung auf einen globalen Markt. Zugleich entwickelten die kolonialen Planer die im Konzept der *mise en valeur* bereits angelegten Ansätze zu einer Beteiligung kolonialer Eliten und der Ausbildung eines „Wohlfahrtskolonialismus“ weiter.

Wenngleich Frankreich unter Führung von Charles de Gaulle die Wiedererstehung eines freien Frankreich in Form eines „unteilbaren“ Imperiums aus Mutterland und Kolonien anstrebte, musste es im Verlauf der 1950er Jahre ebenso wie Großbritannien akzeptieren, dass die globalen politischen Bedingungen und die Kosten einer kolonialen Planwirtschaft den Weiterbestand kolonialer Imperien verunmöglichten. Die Strategien des Wohlfahrtskolonialismus verfolgten dementsprechend unterschiedliche Ziele: Sie dienten einerseits der Konsolidierung des Imperiums, bereiteten andererseits die Epoche neokolonialer Kontrolle vor, in der Frankreich im Kreise globaler Akteure zumindest in Afrika südlich der Sahara eine wichtige Rolle spielen wollte und sollte. Der koloniale Diskurs der Nachkriegszeit (mit eingeschlossen die Überlegungen und Beschlüsse der Konferenz von Brazzaville) fokussierte daher keineswegs nur auf wirtschaftliche Nutzung im Interesse der Metropole oder des „Weltmarktes“, sondern auch auf soziale Entwicklung, Bildung und die Verbesserung des Lebensstandards der kolonisierten Bevölkerung. Ob und wie der aufkommende neokoloniale Entwicklungsdiskurs US-

amerikanischer Prägung Einfluss auf den französischen Kolonialdiskurs nahm, ist dabei schwierig festzustellen – unbeachtet blieb er keinesfalls. In einem Brief des Kolonialministers an den Generalgouverneur AOF vom Jänner 1945 verwahrt sich ersterer entschieden gegen die US-amerikanischen „Vorschläge für eine Internationalisierung des kolonialen Raumes“: „Wir sind uns dessen gewiss, dass wir allein dazu qualifiziert sind einzuschätzen, auf welche Weise sich unsere kolonisierten Völker in Zukunft entwickeln müssen (*développer et progresser dans l'avenir*).“ (ANOM 1affpol-2201/5-2)

Akteure, Themen und Positionen

Die folgende Beschreibung und Analyse von Dokumenten bzw. veröffentlichten Texten verwendet den Begriff „Diskurs“ auf eine quasi „unsaubere“ Weise, weil sie damit einerseits „eine gesellschaftlich erzeugte und wirksame Menge an Wissen (Aussagen nannte es Michel Foucault), das mit einem bestimmten Gegenstand (Thema) verbunden ist“ (Schicho 2014: 134), bezeichnet, andererseits Ketten von Textfragmenten – Diskursstränge (Jäger 2004: 188-190) –, in denen sich dieses Wissen realisiert.

Die materielle Grundlage bilden Berichte der Kolonialverwaltung des AOF, Mitteilungen des Kolonialministeriums an den Generalgouverneur von AOF und den *Conseil Supérieur des Colonies*²⁸, Protokolle von Sitzungen, Eingaben von Vertretern der lokalen Wirtschaftskammern, Planungsdokumente metropolitaner Kommissionen, sowie Expertenberichte und Veröffentlichungen kolonialer Beamter und Politiker. Die Texte sind insgesamt einer Diskursebene „koloniale Verwaltung“ zuzuordnen. Ihre Urheber und Adressaten nahmen als Politiker, Beamte, Wirtschaftstreibende und Wissenschaftler unterschiedliche Positionen ein und standen zueinander in einem nach Aufgaben und Interessen klar definierten Verhältnis.

So berichten die Bezirkskommandanten an den Gouverneur des Territoriums bzw. die relevanten Abteilungen der Lokalverwaltung, die

²⁸ 1883 eingerichtet, gehörten ihm Senatoren und Abgeordnete der Kolonien, von kolonialen Gremien delegierte und von der Verwaltung entsandte Vertreter an, die den Minister und die relevanten Einrichtungen in Paris zu beraten hatten. 1935 wurde er in *Conseil supérieur de la France d'outre-mer* umbenannt und löste sich 1940 auf. (Lagana 1990: 23ff)

Gouverneure der einzelnen Territorien des AOF an den Generalgouverneur (später Hochkommissar) sowie dessen Generalsekretär in Dakar, und der Generalgouverneur bzw. die Verwaltung der Föderation AOF an das Kolonial- bzw. Überseeministerium in Paris. Der Generalgouverneur hatte zudem einen eigenen Vertreter in Paris (der *directeur de l'Agence économique*), der die direkte Verbindung zu Wirtschaftskreisen, aber auch zum Kolonialministerium aufrecht erhielt. Die Wirtschaftskammern der einzelnen Territorien adressierten ihre Forderungen bzw. Wünsche an die Verwaltung in Dakar entweder direkt oder über ihre Vertreter im *Conseil de Gouvernement*, der beratende Funktion hatte. (Ramognino 2001) Kommissionen, wissenschaftliche Experten oder Beauftragte für spezifische Untersuchungen berichteten entweder an den Generalgouverneur, das Kolonialministerium oder direkt an Regierung und Parlament.

An eine breitere Gruppe von Adressaten wenden sich jene Texte, die als Buch oder Artikel in Medien oder kolonialen Fachzeitschriften publiziert wurden bzw. Unterlagen für Konferenzen (vor allem jene von Brazzaville), doch gehören auch in diesem Fall die Adressaten zum direkten Umfeld der am kolonialen Projekt besonders Interessierten.

Themen des Diskurses sind „koloniale Produktion“, „Arbeitskraft“, „Bildung“, „Modernisierung und Planung“, „globaler Wettbewerb“, „Evolution der Kolonisierten / Elitenbildung“, „politische Kontrolle bzw. Sicherheit“, „Vormundschaft des Kolonisators“ und „soziale Entwicklung als Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung“. Einigen dieser Themen geht die folgende Beschreibung anhand von Diskursfragmenten nach, ohne freilich die Aussagekraft der vorhandenen Daten zur Gänze auszuschöpfen.

Koloniale Produktion

Im März 1918 befasste sich eine Tagung der *Union Coloniale Française*, einer einflussreichen Gruppe von Wirtschaftsvertretern, mit der Entwicklung der kolonialen Landwirtschaft und kam zum Resultat: „Die landwirtschaftliche Produktion ist der eigentliche Grund (*la raison d'être*) für [die Existenz von] Kolonien“. Des Weiteren stellten die Teilnehmer fest, dass „nur die Wissenschaft landwirtschaftliche Produktion lenken“ könne. (zit. nach Bonneuil 1990: 4)

Das erste Argument dominiert den kolonialen Diskurs bis in die späten 1950er Jahre, die Bedeutung der Wissenschaft wird jedoch kaum überzeugend sichtbar.

„Landwirtschaftliche Produktion“ schafft Güter für zwei unterschiedliche Bereiche der Verwertung, die voneinander nicht immer genau zu trennen sind: lokale Konsumation und Export. Sie nimmt im thematischen Feld koloniale Wirtschaft eine zentrale Position ein, neben Industrie, Bergbau, Gewerbe und Dienstleistung, die in den untersuchten Texten weit seltener angesprochen werden.

Der koloniale Diskurs in Verwaltung und Politik setzt Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft. Im Vordergrund stehen dabei das Verhältnis von Metropole und Kolonie, die Rolle des Staates bzw. seiner Organe in Planung und Steuerung der kolonialen Wirtschaft, die Bedeutung von staatlichen und privaten Investitionen sowie das Verhältnis von lokaler Versorgung und Export; andere relevante Themen wie Arbeitskraft, Modernisierung und Technologie oder Bildung werden anhand eigener Diskursstränge sichtbar.

In einer Mitteilung des Kolonialministers an den *Conseil Supérieur des Colonies* vom September 1927 spricht der Minister eingangs die Notwendigkeit zentraler Planung an:

„In einem Moment, in dem die Kolonien beträchtliche Mühen darauf verwenden, so schnell als möglich die Inwertsetzung (*mise en valeur*) des Bodens, der Bodenschätze und der reichen Küstengebiete zu betreiben, erscheint es wünschenswert [...] diese durch ein Programm zu steuern, das auf den grundlegenden Prinzipien der politischen Ökonomie aufbaut.“ (ANOM 1affpol-852-1)

Ein solches Programm sollte Verluste an Zeit und Geld vermeiden helfen und vor allem private Investoren ermuntern. In diesem Zusammenhang spricht der Minister seine „grundlegenden Prinzipien der politischen Ökonomie“, und damit den Interessensgegensatz zwischen metropolitane und kolonialer Wirtschaft an, der sich im Wesentlichen als Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie sehen lässt.

Die Metropole will ihre Vorrangstellung behaupten: „Die Metropole hat noch niemals zugelassen, dass Produkte der Kolonien ihre eigenen konkurrenzieren“ und „die koloniale Produktion hat sich nach der

metropolitanen auszurichten“. (ANOM 1affpol-852-1) Dem steht ein „kolonialer Partikularismus“ gegenüber, der „fordert, dass die Kolonien ihre eigene, von der Metropole unabhängige Wirtschaft betreiben, in Übereinstimmung mit den Gewohnheiten der einheimischen Bevölkerung, ihren Traditionen, sowie den Bedingungen, die durch Boden und Klima gegeben sind“. Der „Konflikt“ erweist sich aus Sicht des Ministeriums letztlich als belanglos, denn auch ein kolonialer Partikularismus stünde „den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs nicht entgegen, [...] denn die erwirtschafteten Divisen aus einem Export an Drittländer hätten einen positiven Effekt für die allgemeine Zahlungsbilanz des Landes.“ (ANOM 1affpol-852-1) Damit sprach der Minister ein Argument an, das vor allem nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunehmend an Bedeutung gewann.

„Der eigentliche Reichtum der Côte-d’Ivoire“, erklärte Gouverneur Lapalud in einer Sitzung des *Conseil de Gouvernement*, AOF, im November 1929, „besteht in der Verwertung seiner fruchtbaren Böden“. (ANOM 1affpol-148) Dies geschah einerseits durch europäische Agrarinvestoren, andererseits durch eine kolonial geförderte einheimische Bourgeoisie und deren Erwerb privaten Landbesitzes („*des droits fonciers*“). Der Topos vom „Eigentum an Grund und Boden als Voraussetzung für Entwicklung“, extrem eingesetzt im Entwicklungsdiskurs der Weltbank seit den 1990er Jahren (de Soto 2000), fand damit bereits im kolonialen Diskurs Verwendung. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass der Gouverneur den Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktion anhand eines Parameters des lokalen Konsums maß: Aufgrund der lokalen Reisproduktion ging der Import von Reis aus Indochina deutlich zurück.

Die wechselseitige Abhängigkeit von lokaler Versorgung und Exportproduktion wird bereits in den frühen 1920er Jahren wiederholt angesprochen. Eine wirksame Entwicklung der Landwirtschaft („*un développement plus complet de l’agriculture*“) setzt Nahrungsmittelsicherheit voraus. Zu diesem Zweck mussten die Kreiskommandanten Getreidespeicher in den Dörfern einrichten; zugleich versuchte die Verwaltung, die Bevölkerung zum Beitritt zu Entwicklungsorganisationen – *les sociétés de prévoyance* – zu bewegen. Der Erfolg ließ auf sich warten, denn die Bauern misstrauten den neuen Einrichtungen. „Damit eine solche Einrichtung eine gewisse Bedeutung bekommt, ist es notwendig, dass die Bevölkerung dahingehend besser

informiert wird, welche Vorteile ihr daraus erwachsen würden.“ (ANOM 1affpol-160)

Die Bemühungen um die lokale Versorgung wurden problematisch für die koloniale Wirtschaft (und in Konsequenz für die Verwaltung), wenn – wie es während der Wirtschaftskrise und auch wieder während des Zweiten Weltkriegs geschah – die afrikanischen Produzenten statt für den Export für die lokale Versorgung produzierten. So verweist der Jahresbericht des Generalgouvernements AOF für 1932 (ANOM 1affpol-538) darauf hin, dass angesichts der Krise die lokale Bevölkerung nur durch eine signifikante Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion eine Hungersnot vermeiden konnte, was allerdings zur Folge hatte, dass der koloniale Handel in Schwierigkeiten geriet. „Bereits geschwächt durch mehrere Jahre eines schwachen Geschäftsgangs, sah der Handel seinen Profit durch immer schwächere Umsätze gefährdet.“ Eine Reihe von Unternehmen musste schließen. Die Verwaltung konstatierte recht kühl: „Aus wirtschaftlicher Sicht hat deren Verschwinden zur Folge, dass die Bedeutung des in AOF investierten [fremden] Kapitals geringer wird. Dadurch erhalten jene Unternehmen einen größeren Aktionsraum, die besser aufgestellt sind und dem [wirtschaftlichen] Unbill besser haben standhalten können.“ (ANOM 1affpol-538)

Dass dieser Konzentrationsprozess der Kolonialverwaltung nicht ungelegen kam und sie zugleich am Modell festhielt, nach dem in AOF europäische Farmer und Agrargesellschaften gegenüber der Produktion durch afrikanische Bauern und Pflanzler Nachrang hatten, zeigt auch ein Bericht von Generalgouverneur Brévié an den Kolonialminister aus dem Jahr 1932, in dem er die Unterstützung für einheimische Produzenten unterstreicht. Was die Versorgung mit Nahrungsmitteln betraf, galt es die Subsistenz durch Eingriffe in die Bevorratung zu sichern: „Eine kohärente Politik der Nahrungsmittelversorgung (Reserven) entwickeln, die unsere Eingeborenen vor Hungersnöten schützt, die noch viel zu oft ausbrechen.“ (ANOM 1affpol-624-2) Brévié hatte dabei zweifellos die Hungerkatastrophe in Niger im Auge, die ihm gerade einen Rüffel des Kolonialministers eingetragen hatte.

Hinsichtlich der Exportproduktion verwies Brévié auf die Notwendigkeit einer gezielten Ausbildung – „l'éducation culturelle de l'indigène poussée au plus haut degré“ – und technologischen Modernisierung: „Perfektionierung des Einsatzes landwirtschaftlicher Technologie und von Zugtieren,

Bewässerungssysteme, Selektion und Speicherung von Saatgut, Förderung der *Sociétés de Prévoyance*, etc. etc.“ (ANOM 1affpol-624-2)

Bereits ein Jahr zuvor, im Jänner 1931, hatte Brévié davor gewarnt, die Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise der kolonialen Bevölkerung aufzulasten: „Die Situation ist dringlich und wir haben keine Wahl. Wenn wir die Produzenten nicht unterstützen, riskieren wir, dass die Handelskrise von einer Produktionskrise überlagert wird.“ (ANOM 1affpol-624-1) Der Generalgouverneur wies das Ministerium auch darauf hin, dass es kurzfristig wäre, die wirtschaftliche Leistung des AOF allein an den Exportstatistiken zu messen, und die Bedeutung der inneren Wirtschaft – „des échanges intérieurs alimentés par le travail de quinze millions d'indigènes“ (ANOM 1affpol-624-2) – aus dem Auge zu verlieren. Solche Hinweise beeindruckten allerdings weder die metropolitane Verwaltung noch die Unternehmen in den Kolonien, für die dieser Sektor der Produktion und des Handels unsichtbar blieb, bzw. als eher störend angesehen wurde.

Mitte der 1930er Jahre war die Wirtschaftskrise überwunden, es blieb jedoch wenig Zeit für wirtschaftliche Entwicklungsmaßnahmen, denn der Zweite Weltkrieg brachte in vielen Teilen der afrikanischen Kolonien eine Rückkehr zum Raubkolonialismus der kolonialen Frühzeit. Das heftige Bekenntnis zu einer anderen Politik in den Dokumenten der Konferenz von Brazzaville ist als Reaktion auf diesen Rückfall zu verstehen, zugleich aber als ein Versuch, die politische Veränderung in der Beziehung von Kolonisierten und Kolonisator diskursiv zu bewältigen. So heißt es im Rahmenprogramm der Konferenz von Brazzaville in Hinblick auf den *pacte colonial*:

„Wir widersetzen uns dieser Unterordnung einer Welt unter eine andere [...] Afrika wird von uns seine freie Entfaltung erhalten, der afrikanische Bauer, von dem in der Literatur zu oft die Rede war, wird von uns endlich die Möglichkeit bekommen, Wohlstand zu erwerben, ohne dadurch seine persönliche Identität (*sa nature propre*) zu verlieren.“ (ANOM 1affpol-2201/5-1)

Mit dem Gesetz 46-860 vom 30. April 1946 formulierte die provisorische französische Regierung die Grundlage für den ersten Zehnjahresplan zur Entwicklung seiner Kolonien, die nach dem Krieg als Überseeterritorien –

territoires (relevant du ministère de la France) d'outre-mer – bezeichnet wurden. Die Planung sollte „die Territorien in moderne Staaten verwandeln“. Die Ziele des Plans unterschieden sich wenig von jenen, die bereits Sarraut nach dem Ersten Weltkrieg formuliert hatte: „Einerseits, und das prioritär, die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu befriedigen und die besten Bedingungen für ihren sozialen Fortschritt zu schaffen; andererseits [...] die Programme zur Wiedererstellung und Weiterentwicklung der Wirtschaft der *Union française* umzusetzen.“ (JORF lois 1.5.1946)

Mit der Erstellung der Pläne beauftragt war eine Kommission unter Leitung von Gouverneur Raphael Saller, der während der Konferenz von Brazzaville der Kommission zur Reform der Verwaltung vorgesessen hatte. Sein Grundlagenpapier geht in der Präambel davon aus, dass – im Gegensatz zur Metropole, wo es galt wiederherzustellen, was durch den Krieg zerstört worden war – bei den Überseeterritorien grundlegend Neues geschaffen werden musste: „Es geht darum, Länder (*des pays nus ou presque nus*) [mit dem Notwendigen] auszustatten, um sie in moderne Staaten zu verwandeln.“ (ANOM 1affpol-908-1)

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung werden, darin unterscheidet sich dieser Beitrag nicht von früheren, dadurch verknüpft, dass Produktion gesunde und richtig ernährte Arbeitskraft voraussetzt. Neu ist, dass die sozialen Bedürfnisse detaillierter angesprochen werden.

„Diese Pläne sollen zuerst und mit Priorität darauf gerichtet sein, die lokalen Konsumbedürfnisse, individuell wie kollektiv, abzudecken: Ernährung, Wohnen, Kleidung, Sozialversicherung, Gesundheit, Bildung und Freizeit. Dafür werden so weit als möglich lokale Ressourcen herangezogen und die Mittel geschaffen, um ergänzend die notwendigen Importe einzutauschen.“ (ANOM 1affpol-908-1)

Die Planung zielte allerdings nicht auf eine Art *self reliance* der einzelnen Länder, sondern auf die Gestaltung der Rolle der Territorien als Teil eines großen Ganzen, das zuerst einmal durch die französische Union, letztlich jedoch durch den globalen Markt repräsentiert wurde: „Die Pläne müssen zugleich eine Exportorientierung unterstützen, die sich an den Bedürfnissen der anderen Gebiete der französischen Union und dritter Länder orientiert, dergestalt, dass die produzierenden Länder eine positive Handelsbilanz aufweisen.“ (ANOM 1affpol-908-1)

Während die Planer des Überseeministeriums für die Kolonien eine positive Handelsbilanz wünschten, zeigte die Analyse aus dem eigenen Haus recht klar, dass dies nicht realisierbar war, denn während die Überseegebiete auf der einen Seite ihre Exporte zu Weltmarktpreisen abgeben und hohe Transportkosten zahlen mussten, lieferte die Metropole ihrerseits benötigte Produkte (wie Lastwägen, Werkzeug oder Kunstdünger) zu deutlich überhöhten Preisen. „Das Problem wäre weniger groß, könnten die Überseeterritorien ihren Warenverkehr besser an den eigenen Interessen orientieren. Sie könnten ihre Produkte an jene Länder verkaufen, aus denen sie die Fertigwaren, die sie brauchen, günstiger beziehen könnten.“ (ANOM 1affpol-908-2)

Auch hier zeichnet sich ein Phänomen ab, das die gegenwärtige Entwicklungspolitik prägt: mangelnde metropolitane Kohärenz geht zu Lasten der Peripherie. Während auf der einen Seite Entwicklungshilfe geleistet wird, holen sich die Geber auf der Wirtschaftsseite die eingesetzten Mittel mehrfach zurück. Das kriegsgeschädigte „Mutterland“ sah sich dabei allerdings im Recht: Die Lösung könne nicht aus Frankreich kommen: „Die ausgeblutete Metropole kann nichts als seine Armut mit jenen Gebieten teilen, deren politisches, kulturelles und wirtschaftliches Niveau zu verbessern es sich zur Aufgabe gestellt hat.“ (ANOM 1affpol-908-2) Es bräuchte vielmehr rasch Unterstützung von außen, allerdings ohne die Zukunft der Überseeterritorien zu belasten, und – wie es in anderen Dokumenten wiederholt unterstrichen wird – ohne Frankreichs Entscheidungsmonopol infrage zu stellen.

Bis gegen Ende der 1950er Jahre lautete eines der Dogmen des Entwicklungsdiskurses: Frankreich und seine Überseeterritorien sind eins. Für die koloniale Produktion wird das im Topos des gemeinsamen Vorteils bzw. Fortschritts formuliert, der in der untersuchten Periode durchgehend Verwendung findet: „Die Produktion entwickeln, das heißt gemeinsam für die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung wie den Profit der Metropole zu arbeiten.“ (ANOM 1fides-23-2) Gouverneur Roland Pré konkretisierte dies 1953 in Zusammenhang mit der Sitzung einer Planungskommission: „Die Ressourcen für den Eigenbedarf entwickeln, vor allem die Produktion von Lebensmitteln“ und „die Kaufkraft der ländlichen Massen stärken, das heißt jene Bereiche der Produktion fördern, die mit Geldeinkommen verbunden sind. Das ist eine Frage einer Verbesserung der Exportproduktion, quantitativ wie qualitativ.“ (ANOM 1fides-23-1)

Mit diesem Ziel förderte (und forderte) die Kolonialverwaltung die Gründung ländlicher Entwicklungsorganisationen (*Sociétés mutuelles de Promotion rurale*), verteilte Saatgut und Düngemittel, baute Straßen, Brücken und Lagerhäuser und plante Staudämme. Industrialisierung, seit der Konferenz von Brazzaville wiederholt angesprochen, galt als möglicher Ansatz zur Diversifizierung der lokalen Ökonomien, nimmt jedoch im Diskurs, verglichen mit der Ausweitung und Modernisierung der Agrarproduktion, eine unbedeutende Stelle ein. (ANOM AOF 2G53/216)

Im März 1938 hatte der Kolonialminister die Frage der Industrialisierung gegenüber dem *Conseil Supérieure des Colonies* noch mit großer Vorsicht behandelt; man solle die Angelegenheit „nicht künstlich beschleunigen“. Er drückte seine Befürchtung aus, dies könne zu Arbeitslosigkeit in Frankreich führen und zugleich die Grundlage für ein politisch gefährliches Proletariat in den Kolonien schaffen. Darüber hinaus seien die Kolonien noch auf einem Niveau einfacher Landwirtschaft und daher gelte es, hier mit Entwicklung anzusetzen (ANOM 1affpol-852-3).

In der Vorbereitungsphase für den Dritten Entwicklungsplan (1958 bis 1962) zeichneten sich dann neue Ansätze ab. So weisen die Verantwortlichen aus dem Überseeministerium darauf hin, dass Industrialisierung ein geeignetes Mittel zur Hebung des Lebensstandards, Schaffung von Arbeitsplätzen und Steuerung der raschen Bevölkerungsentwicklung darstelle. Das größere Interesse galt jedoch immer noch dem bäuerlichen Produzenten, und hier wird der Übergang zum postkolonialen Entwicklungsdiskurs besonders deutlich sichtbar: „Ländliche Entwicklung hat nur dann tatsächlich einen Wert, wenn der landwirtschaftliche Produzent die Gelegenheit erkennt und aus freien Stücken die Instrumente, die ihm zur Verfügung gestellt werden, verwendet.“ (ANOM 1fides-39-1) In der Vorbereitung des Dritten Entwicklungsplans lässt Minister Defferre seine Beamten wissen:

„Es ist überdies unbedingt notwendig, dass die Zielgruppen (*utilisateurs*) imstande sind, die Tragweite der Bemühungen um eine Verbesserung zu begreifen und dazu zu stehen. Das nicht nur, weil sie die Begünstigten sind, sondern auch, weil sie die Verantwortung für das perfekte Funktionieren der [neu] geschaffenen Instrumente der Produktion übernehmen müssen. Es ist von größter Wichtigkeit, dass sich der Bauer nicht als Teil eines Systems fühlt, das an seiner Stelle denkt und handelt.“ (ANOM 1fides-39-2)

Arbeitskraft

Einheimische Arbeitskraft stellte neben landwirtschaftlicher Nutzfläche die wichtigste Voraussetzung für einen Erfolg kolonialer Wirtschaft in AOF dar. André Touzet schrieb in seinem 1939 veröffentlichten (Albert Sarraut gewidmeten) Buch *Le problème colonial et la paix du monde*: „Wie immer mechanistisch die Auffassung ist, die man sich von der ‚Inwertsetzung Afrikas‘ macht, eines steht über allem: der höchste Reichtum, das, wovon alles abhängt, ist die menschliche Arbeit (*La première richesse, celle qui conditionne toutes les autres, c’est le travail humain*).“ (ANOM 1affpol-109) Auch Pierre Valude, Abgeordneter der *Alliance démocratique*, der 1921 an einer Besuchsreise von Parlamentariern in AOF teilnahm, bezeichnete in seinem Bericht die Frage der Arbeitskraft als die wichtigste für eine Inwertsetzung der Kolonien. In seiner Darstellung verbindet er „Befriedung“, „Partnerschaft“ und „Arbeit“ zu einem eigentümlichen Bild kolonialer Effizienz.

„Die wahren Kolonisatoren sind jene Nationen, bei denen die Idee der Völkerfreundschaft (*fraternité des peuples*) am stärksten ausgeprägt ist, das sind jene, bei denen Arbeit nicht als Last angesehen wird, sondern als die größte Quelle des Glücks. Die Eingeborenen zu lieben, sie zu schützen, sie durch Arbeit zu bilden, das ist die väterliche Rolle, die sich Frankreich auferlegt hat. Diese Prinzipien bestimmen seine Politik gegenüber den Arbeitskräften in A.O.F. [...] Frankreich schuldet den Schwarzen Gesundheitsvorsorge, Bildung und Arbeit.“ (ANOM 1affpol-539)

Seinen Prinzipien entsprechend sah Pierre Valude die Aufgabe der Kolonisation darin, den Kolonisierten die richtige Vorstellung von Arbeit – *le goût du travail* – zu vermitteln, denn, so der Abgeordnete, man sehe sich einer „rückständigen Kultur“ gegenüber: „Die Schwarzen sind wie die Kinder faul; Arbeit ist das Vorrecht der entwickelten Menschen“, ein Argument, das er mit Hilfe einer „Klimatheorie“ abstützte. Er gestand den Kolonisierten allerdings zu, dass sie gehorsam und anpassungswillig seien. „Der Schwarze arbeitet, um seine und seiner Familie unmittelbare Bedürfnisse zu decken; ist er unverheiratet, arbeitet er, um sich eine Frau zu kaufen; darüber hinaus arbeitet er, um seine Steuer zu bezahlen, was er im Allgemeinen auch ohne Schwierigkeiten und Widerrede tut.“ (ANOM 1affpol-539) Besteuerung versteht der Abgeordnete als durchaus richtiges

Instrument, würden doch die Steuern dazu verwendet, soziale Leistungen und Einrichtungen im allgemeinen Interesse zu finanzieren, er warnt jedoch davor, die Steuerschraube allzu stark anzuziehen, denn einem solchen Regime würden sich die Eingeborenen durch Abwandern in fremde Nachbarkolonien entziehen.

Damit spricht er einen Gegenstand an, der bis nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder den kolonialen Diskurs beschäftigt (und der bis heute französische Politik auch in Frankreich selbst mit gestaltet): das „demographische Defizit“. Die kolonialen Territorien Frankreichs in Afrika waren nach übereinstimmender Meinung gering bevölkert, was negative Folgen für die Verfügbarkeit von Arbeitskraft nach sich zog. Besonders krass formulierte es Gouverneur Touzet, in den 1920er Jahren Sarrauts Kabinettschef im Kolonialministerium: „Man glaubt im Allgemeinen, [Arbeitskraft] ist in großem Umfang und billig vorhanden. Das ist ein kapitaler Irrtum. Sie ist selten – Afrika ist quasi menschenleer –, sie ist teuer, sehr teuer in Hinblick auf die Produktivität; sie ist schlecht in Hinblick auf die Qualität des Produzierten.“ Touzet behauptet in diesem Zusammenhang, es gäbe Völker in Zentralafrika, die lieber Hungers stürben als zu arbeiten, „und es stellt sich für die Verwaltung die moralische Frage, ob sie das Recht habe, Menschen zur Arbeit zu zwingen, damit diese ihr Überleben sichern.“ (ANOM 1affpol-109)

Touzets Sicht deckt sich nicht mit der von Akteuren vor Ort. Die Frage der Anwendung von Gewalt stellte sich selten in Hinblick auf die Subsistenz und auch kaum bei der bäuerlichen Exportproduktion. Die Kolonialbeamten vor Ort wussten jedoch, dass die Kolonisierten nur geringe Bereitschaft zeigten, für Kolonialgesellschaften oder europäische Pflanzer zu arbeiten, die Unternehmer von der Verwaltung jedoch erwarteten, dass diese hinreichend billige Arbeitskraft lieferte. (ANOM 1affpol-160) Es bedurfte Gewaltmaßnahmen von Verwaltung und Unternehmern, um diese Arbeitskraft zu rekrutieren, was vor allem die betroffenen Kolonialbeamten durchaus problematisch sahen. Der Jahresbericht von 1923 vermerkt im Kapitel zur wirtschaftlichen Lage, die Verwaltung in Haute-Volta könne aus unterschiedlichen Gründen nicht genügend Druck ausüben, um die Anwerbung von Arbeitskraft für die benachbarte Côte-d'Ivoire zu sichern. Er führt an, dass die Arbeitswilligen zum einen die Alternative, in die benachbarte Gold Coast (Ghana) zu wechseln, der schlecht bezahlten Arbeit an der Elfenbeinküste vorzögen. Verstärkter Druck der Verwaltung würde diese Tendenz nur noch

verstärken. Zum anderen erfordere die Entwicklung des Baumwollanbaus im Territorium, die bäuerliche Arbeitskraft vor Ort zu halten. (ANOM 1affpol-536/7)

Damit belegt der Bericht nicht zuletzt, dass die koloniale Nutzung von Arbeitskraft zur Produktion von Exportgütern weit weniger problematisch erschien, wenn es um selbständige afrikanische Produzenten im landwirtschaftlichen Bereich ging. Hier kam es vor allem dann zu einer raschen Ausweitung, wenn die Ankaufspreise stiegen, wie dies aufgrund der starken Nachfrage nach Rohstoffen Mitte der 1920er Jahre der Fall war. Der Jahresbericht 1924 des Generalgouvernements von AOF zeigt diese Tendenz deutlich auf:

„Die einheimische Bevölkerung richtet ihre Bemühungen auf eine rasche Erweiterung der Kulturen und des Viehbestandes. [...] Die steigenden Erträge ihrer Arbeit, die konstante Verbesserung ihrer materiellen Lage, das Wohlbefinden (*le mieux-être et l'aisance*), dessen sie sich unter einem liberalen Regime und unserem aufmerksamen Schutz erfreuen, [...] fördert bei unserer Klientele (*nos protégés*) einen segensreichen Optimismus, der am besten die politische Sicherheit garantiert.“ (ANOM 1affpol-536/4)

Als Zeichen der Akzeptanz und der Loyalität der Kolonisierten galten die gute Zusammenarbeit mit der traditionellen Elite, der regelmäßige Eingang der Steuern und die Bereitschaft der männlichen Bevölkerung, sich für das Militär (und den Arbeitsdienst, die *deuxieme portion du contingent*) rekrutieren zu lassen. Ein Jahr später klingt die Darstellung noch optimistischer, berichtet von wirtschaftlicher Prosperität und technologischen Verbesserungen wie steigenden Einkommen der einheimischen Landwirtschaft, die eine „vermehrte Bereitschaft für Arbeit und Schaffung von Rücklagen“ erzeugten. (ANOM 1affpol-536/3)

Ruhe und Ordnung, oberstes Prinzip kolonialer Verwaltung,²⁹ war weit eher dort gegeben, wo die agrarische Exportproduktion von kleinen Wirtschaftseinheiten afrikanischer Bauern und Pflanzer dominiert wurde –

²⁹ Dafür spricht nicht zuletzt, dass die Berichte der Verwaltung von AOF, aber auch einzelner Territorien, immer wieder mit einem Hinweis auf Ruhe und Ordnung eingeleitet werden wie etwa: „La tranquillité la plus complète n'a cessé de régner sur toute étendue du territoire.“ (ANOM 1affpol-536/7) Dessen ungeachtet folgen im Text dann oft ausführliche Berichte über Militäreinsätze gegen aufbegehrende Bevölkerungsgruppen.

wobei auch hier neben der billigen Familienarbeit Arbeitsmigranten zum Einsatz kamen –, als in Gebieten, die durch unterschiedliche Formen von Arbeiterrekrutierung für europäisch geführte landwirtschaftliche Betriebe betroffen waren. Nicht zuletzt deshalb waren die Programme der landwirtschaftlichen Entwicklung auf Regionen mit bäuerlicher, afrikanischer Produktion ausgerichtet. Sie beinhalteten u.a. die Speicherung von Getreide, den Einsatz von Zugtieren und Pflügen oder die Bereitstellung von Saatgut und Düngemitteln. Generalgouverneur Brévié schreibt im Jänner 1931 in einem Brief an den Kolonialminister:

„In Guinea und den Regionen des Sudan haben wir bedeutende Anstrengungen unternommen, um die einheimische Bevölkerung mit besser entwickelten Geräten auszustatten und die Anbaumethoden durch rationellen Einsatz von Dünger und Fruchtwechsel zu verbessern. [...] Die Eingeborenen, die einer allgemeinen Ansicht gemäß den Traditionen verhaftet und dem Fortschritt unzugänglich sind, haben sich mit großer Leichtigkeit den Erneuerungen angepasst.“ (ANOM 1affpol-624-1)

Brévié verweist in diesem Zusammenhang jedoch auch darauf, dass der Erfolg der Entwicklungsmaßnahmen in engem Zusammenhang mit der günstigen Wirtschaftsentwicklung der 1920er Jahre stand.

Großprojekte, wie das *Office du Niger*, verbunden mit der Errichtung von Staudämmen und Umsiedlungen, kosteten den Staat weit mehr Geld als bäuerliche Entwicklung und waren dazu meist defizitär. So stellt ein Bericht vom Februar 1960 fest: „Die Verwaltung des Office du Niger hat zahlreiche kritische Kommentare ausgelöst; man ist sich im Allgemeinen darin einig, dass das Office bestimmte Entwicklungshindernisse einfach nicht in den Griff bekam.“ Das galt vor allem für die bäuerlichen Familien, die man zwangsweise zum Nigerbogen umgesiedelt hatte, doch auch für teure, aber unrentable technologische Investitionen. (ANOM 2fides-256)

Die Entstehung einer urbanen Arbeiterschaft, in erster Linie in Verbindung mit Industrialisierung, wird im Gegensatz zur Förderung landwirtschaftlicher Arbeitskraft von Anfang an stark problematisiert. Im Protokoll der Sitzung des *Conseil Supérieure des Colonies* vom 19. März 1938 wird vor einer „überstürzten, künstlichen Industrialisierung“ gewarnt, weil sie der metropolitanen Arbeitskraft schaden könnte („Il faut veiller à ce que cette concurrence n’engendre pas de chômage dans la Métropole“). (ANOM 1affpol-852-3) Legitim sei nur eine Produktion von Gütern für den Markt in

den Kolonien, doch sollte Industrialisierung nicht dazu führen, dass billige koloniale Arbeitskraft Einfluss auf den Markt in der Metropole gewänne. „Es wäre ein schwerer Fehler, unsere Kolonien in eine unbedachte Industrialisierung zu stürzen. Man soll zwar das Lebensniveau der Einheimischen verbessern, darf aber kein Proletariat schaffen, das ausgebeutet und unzufrieden sehr schnell eine Gefahr für die französische Souveränität bedeuten würde.“ (ANOM 1affpol-852-3)

André Touzet hielt Industrialisierung durchaus für vernünftig, weil sie zu Bevölkerungswachstum, einer Verbesserung des einheimischen Lebensstandards und gesteigerter Kaufkraft beitragen könne. „Aber das braucht sehr viel Zeit.“ (ANOM 1affpol-109)

Während die Mehrheit der kolonialen Akteure in Politik und Wirtschaft bestrebt war, koloniale Arbeitskraft von metropolitane zu differenzieren, wobei sie mit der Rückständigkeit afrikanischer Arbeitskraft, mangelnder Produktivität und politischer Gefahr argumentierte, setzte das Kolonialministerium zur Zeit der Volksfrontregierung deutliche Zeichen für eine Angleichung der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung in Metropole und Kolonien.³⁰ Dies löste sofort heftigen Protest von Seiten der Koloniallobby aus. Eine Angleichung von Löhnen und Arbeitsbedingungen der afrikanischen Arbeitskräfte an die metropolitane Arbeitsgesetzgebung würde – so die *Union Coloniale Française* –

„unvermeidlich den Untergang der kleinen und mittleren Kolonialunternehmen nach sich ziehen. [...] Jede unserer Kolonien besitzt eine eigene Arbeitsgesetzgebung, die perfekt an die Lebensbedingungen, die Mentalität und den Entwicklungsstand des Eingeborenen angepasst ist. [...] Man sollte ihn eher in seinem Milieu entwickeln (*faire évoluer*), als ihm eine Gesetzgebung aufzuzwingen, die nicht für ihn gemacht wurde und nicht zu seiner Mentalität passt.“ (ANOM 1affpol-852-2)

Kaum ein anderes Thema wurde in der Konferenz von Brazzaville gegensätzlicher dargestellt und widersprüchlicher diskutiert als „Arbeitskraft“. Der Bericht *1/G Régime du travail indigène* (ANOM 1affpol-2201/1) zitiert vor allem eine Vorlage von André Latrille, Gouverneur der

³⁰ „Dès la mise en vigueur dans la Métropole des nouvelles lois sociales - congés payés, semaine de quarante heures, contrat collectif de travail - le Ministre des Colonies s'est préoccupé d'en étendre l'application aux colonies“. (ANOM 1affpol-852-2)

Côte d'Ivoire, in der dieser sich ausführlich (und kritisch) mit der Praxis der Kontraktarbeit auseinandersetzt. Der Verfasser des Berichts weist dabei eingangs darauf hin, dass – was Latrille exemplarisch anhand des von ihm verwalteten Territoriums aufzeigt – auch auf die anderen Kolonien zuträfe. Für André Latrille gehörte die Frage der Arbeitskraft zu den Grundlagen der *politique indigène* und war nicht bloß ein neuralgischer Punkt, sondern das entscheidende Moment („c'est le test sur lequel on peut juger notre empire par les faits eux-mêmes“).

Ogleich durch Vorschriften geregelt und auf Freiwilligkeit beruhend, war die Rekrutierung von Arbeitskräften mit unterschiedlichen Formen der Ausbeutung und gewaltsamen Kontrolle verbunden. Die angeworbenen Arbeiter wurden nicht ausreichend über Verpflichtungen und Sanktionen bei Vertragsbruch informiert. Die Arbeitgeber hielten sich häufig nicht an die Vorschriften der Verwaltung betreffend Verpflegung, Unterbringung, Ausstattung (wie z.B. Decken), medizinische Versorgung, Lohn und Abfindung. Latrille präsentiert eine lange Liste von Verstößen allein für das zweite Halbjahr 1943. Die Unternehmer überließen zudem die Kontraktarbeiter auch ohne deren Zustimmung anderen Arbeitgebern. Darüber hinaus wurden Frauen und Kinder zur Arbeit verpflichtet.

„Jedes Jahr, und ich betone, dass dies bereits seit zehn Jahren so geschieht, werden Frauen und Kinder aus Dörfern im Umkreis von 10 bis 30 km um europäische Pflanzungen für die Ernte der europäischen Pflanzherangezogen. [...] Der einheimische Bauer muss zusehen, wie seine Frau und seine Kinder unter erbärmlichen Bedingungen [zur Arbeit] geholt werden und erlebt zudem Sanktionen, die sich aus den unausbleiblichen Folgen dieses Handelns ergeben.“ (ANOM 1affpol-2201/1)

Latrille nennt dieses Vorgehen direkt und deutlich eine Form der Sklaverei (*demi-esclavage*).

„Die [Verwendung der] Bezeichnung *demi-esclavage* ist vielleicht sehr brutal; ich denke allerdings, dass sie den Gegebenheiten sehr wohl entspricht; der Einheimische wird durch einen Kontrakt verpflichtet, der ihm aufgezwungen wird und dessen genauen Inhalt er nicht einmal kennt. Wenn er versucht, sich durch Flucht zu entziehen, wird er von der Verwaltung verfolgt.“ (ANOM 1affpol-2201/1)

In der Kolonie gab es zwar ein Arbeitsinspektorat, es war jedoch total überfordert. „Mehr als das. Jeder Inspektor, jeder Verwaltungsbeamte, der versucht, seine Pflicht zu erfüllen und in Fragen der Arbeitskraft interveniert, wird sofort Ziel aller möglichen Repressalien.“ Latrille schliesst seinen Bericht mit der Forderung: „Unsere neue Kolonialpolitik bliebe reine Phrasendrescherei, würde das Los der arbeitenden Massen nicht völlig umgestaltet.“ (ANOM 1affpol-2201/1)

Dass andere Teilnehmer an der Konferenz Latrilles Terminus *demi-esclavage* nicht akzeptieren wollten, wird aus der zweiten zitierten Vorlage sichtbar, die der Berichtersteller mit gekonnter sprachlicher Distanz einbringt: „Herr General-Ingenieur Mahe behandelt andererseits Zwangsarbeit (*travail obligatoire*), indem er sich hütet – wie er präzisiert – ‚in dieser Bezeichnung einen Anklang an Sklaverei zu erkennen, wie man so oft die Tendenz hat es zu tun‘.“ (ANOM 1affpol-2201/1)

Nicht alle Teilnehmer an der Konferenz drückten ihre Meinung so zurückhaltend aus wie Jean-Marie Mahe. Ein landwirtschaftlicher Berater, wie Mahe in Cameroun stationiert, formuliert einen scharfen Appell gegen eine Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung. Der Einheimische hätte nur wenig Lust zu arbeiten, geringe Bedürfnisse und würde nur sehr langsam auf Konsumanreize reagieren.

„Verdoppelt man seinen Lohn, ist er versucht, weniger zu arbeiten; steigert man den Preis für seine landwirtschaftlichen Produkte, bringt er weniger auf den Markt. Auch wenn diese Argumente vielleicht übertrieben sind und von einigen als Vorwand (des *prétextes honorables*) für eine Ausbeutung der Schwarzen durch niedrige Löhne und hohe Besteuerung dienen, kann man ihnen doch einiges an Wahrheit nicht absprechen.“ (ANOM 1affpol 2201/3)

Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes nennt der technische Berater eine „Lizenz zur Vergeudung“ der „Reichtümer“, die den Afrikanern zur Verfügung stünden, vor allem jedoch würde sie die Produktionskapazität der Kolonien schädigen.

Die Arbeitsgruppe zum *Régime du travail indigène* formulierte eine Reihe von Empfehlungen, die in das Beschlussdokument der Konferenz von Brazzaville (ANOM 1affpol-2288/1) einfließen. Ihre Formulierung lässt sehr deutlich erkennen, dass die Vertreter der Wirtschaft und die konservativen Kolonialbeamten ihre Positionen recht gut durchgebracht hatten. Für eine

Liberalisierung der Arbeitsgesetzgebung wurde den Lokalverwaltungen eine Frist von fünf Jahren eingeräumt, wobei dieser Schritt mit einer Klausel verbunden war, die eine „bedeutende Verbesserung der moralischen und materiellen Umstände des Arbeiters“ vorsah. Diese Klausel, in der „berufliche Ausbildung“ mit „Erziehung zur Verantwortlichkeit“ verbunden wurde, kann sowohl als eine Verpflichtung für Behörden und Wirtschaft, als auch als Voraussetzung für eine Liberalisierung des Arbeitsmarkts gelesen werden. Im Übrigen sah Punkt 1 der Vorschläge die Einführung eines einjährigen Arbeitsdienstes für Einheimische im Alter zwischen 20 und 21 Jahren vor, soweit diese tauglich waren und nicht zum Militärdienst eingezogen wurden. Ein Arbeitsbuch (*livret de pécule*) sollte den Bezug einer Altersrente nach 15 bis 20 Jahren Tätigkeit sichern. Die Einhaltung der Bestimmung und die korrekte Führung des Arbeitsbuches blieben ebenso wie die Durchsetzung weiterer Punkte (wöchentliche Ruhezeit, Achtstundentag, Rücksichtnahme auf religiöse Vorschriften, Verbot einer Einbehaltung eines Teils des Lohnes und die Garantie, dass die Frau ihren Mann an den Arbeitsort begleiten durfte) wie schon bisher dem Gutdünken der Arbeitgeber und der Effizienz der Verwaltung hinsichtlich ihrer Kontrollbefugnisse überlassen. Immerhin dachten die Verfasser auch daran, dass die Gründung von Arbeitnehmerorganisationen – den Begriff „Gewerkschaft“ vermieden sie – einen Beitrag zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Einheimischen leisten könnte. (ANOM 1affpol-2201/1)

Im Bericht für die Sitzung des *Conseil de Gouvernement de l'A.O.F.* im Dezember 1945 wird der einjährige Arbeitsdienst zum „Sozialdienst“ für öffentliche Einrichtungen; letztlich war diese Form der Arbeitsverpflichtung im Grunde nur eine Neuformulierung, sogar Ausweitung, der *deuxième portion du contingent* („Militärdienst ohne Waffe“), die bereits nach dem Ersten Weltkrieg eingerichtet worden war. (ANOM AOF 2G45/10)

Die politische Entwicklung verlief sehr rasch in eine andere Richtung als die, die sich die meisten Teilnehmer an der Konferenz von Brazzaville vorgestellt hatten. 1946 brachte die Aufhebung des Eingeborenenstatuts, der Zwangsarbeit und des gesonderten Strafrechts für die Kolonisierten (*justice pénale indigène*). Die kolonialen Verwaltungsbeamten sahen sich mit einer neuen Lage konfrontiert, die sie anfangs erschreckte. Im politischen Jahresbericht 1946 für den Soudan heisst es, die neuen Maßnahmen hätten „schwerwiegende Störungen zur Folge gehabt. Die Bevölkerung, schlecht vorbereitet auf eine derart brutale Veränderung (*changement aussi brutal*)

einer gewohnten Angelegenheit, verwechselte freie Wahl der Arbeit mit der Gelegenheit, überhaupt nicht mehr zu arbeiten, insbesondere nicht für die Verwaltung.“ (ANOM AOF-2G46/21) Gouverneur Louveau klagt über schlechte Arbeitsleistung und Disziplin, zeigt sich jedoch letztlich wieder zufrieden: Die Verwaltung zog Strafgefangene als Ersatz heran und „die Steuern gingen rasch ein, [...] und nach einigem Auf und Ab in April und Mai [...] kamen die Arbeiter wieder willig und in ausreichender Zahl.“ (ANOM AOF-2G46/21)

Die nächste gravierende Veränderung – Fortschritt für die Einen, Schock für die Anderen – kam mit dem *Code du travail* vom Dezember 1952. (JORF lois 16.12.1952) Im *Rapport politique des Gouvernement du Soudan* aus 1953 (ANOM AOF 2G53/218) wird zuerst die Ablehnung der Industrie- und Handelsunternehmer angesprochen, für die der *Code du travail* Einschnitte für ihre Gewinne bedeutete. Vorsichtig beurteilt der Bericht die Reaktion der europäischen Arbeitskräfte: Das Gesetz „hat ein recht komplexes Empfinden bei den europäischen Arbeitskräften hervorgerufen, bei denen die Überraschung dominiert, dass auch die Afrikaner die Möglichkeit haben, sich zur Verteidigung ihrer beruflichen Interessen zu organisieren.“ (ANOM AOF 2G53/218) Gerade weil nach dem Zweiten Weltkrieg die Zahl der europäischen Arbeitnehmer in den Überseeterritorien stark anstieg, bedeutete die Besserstellung der einheimischen Arbeitskraft für erstere eine Bedrohung auf dem Arbeitsmarkt, sowohl was die Arbeitsplätze als auch das Lohnniveau betraf.

Wie schon bei früheren rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung folgte dem Diskurs auch hinsichtlich der Arbeitsgesetzgebung eine wenig effiziente Umsetzung. Dieses Verhalten betreffend die Behandlung von Arbeitskraft übernahmen Verwaltung und Regierung der ab 1960 unabhängig werdenden Territorien nahezu ungebrochen.

Soziale Entwicklung

Catherine Coquery-Vidrovitch (1979: 69) zeichnet ein sehr optimistisches Bild der Kolonialpolitik in den Jahren der Volksfrontregierung: „Auf allen Ebenen nimmt das Soziale wieder seinen Platz als Grundlage der Wirtschaftspolitik ein, denn die Maßnahmen richten sich auf eine

Expansion des einheimischen Marktes, getragen von einer Anhebung der Kaufkraft der bäuerlichen Massen.“ Das kontrastiert scharf mit André Juliens Feststellung, dass die Kolonialverwaltung, von der Metropole zu wenig finanziert, die Bevölkerung belasten musste, „which meant that the standard of living of the masses was kept very low by indirect taxes, levies and forced labour“ (Julien 1950: 491). Die Erklärung ist, und sie gilt nicht zuletzt für den Bereich des Sozialen, dass Diskurs und Praxis zueinander in keinem Einklang standen.

Im politischen Bericht des Generalgouvernements AOF über das Jahr 1928 heißt es: „Überall verbreitet die Entwicklung unserer sozial orientierten Tätigkeit (*le développement de nos œuvres d'intérêt social*) seine wohltätige Wirkung, bringt uns dem Eingeborenen näher und bindet ihn an uns durch ein Band unerschütterlicher Dankbarkeit.“ (ANOM 1affpol-537) Das Ziel dieser „*œuvres d'intérêt social*“, so wird aus dem folgenden Text ersichtlich, ist die Disziplinierung bestimmter Teile der Bevölkerung, vor allem nomadischer oder semi-nomadischer Gruppen wie Tuareg und Fulbe.

Wenn in einem Bericht aus Kamerun aus dem Jahr 1930 davon die Rede ist, dass die Kolonisierten ihre Rechte begriffen hätten, doch keineswegs ihre Pflichten, dann spricht der Verfasser damit eine Menge an sozialen und moralischen Verpflichtungen an, die – in der Tat oder aus der Sicht des Verfassers – von den Kolonisierten nicht respektiert wurden. Im konkreten Fall geht es vor allem um Personen, die über andere Macht ausüben, wie Chefs oder lokale Funktionäre (*cadres indigènes*), aber auch um die schwindende Bedeutung patriarchaler Gewalt in der Familie oder größeren sozialen Verbänden. Der Verfasser, ein Kreiskommandant (*Chef de la Circonscription*), bedauert auf der einen Seite das Verschwinden traditioneller Normen, versteht diese auf der anderen Seite aber als unvereinbar mit dem westlichen System, „trop souvent incompatibles avec notre conception de la morale naturelle et la nécessité de l'ordre public“. (ANOM 1affpol-838)

Die Suche nach einer Lösung ergibt für den Kolonialbeamten mehrere Möglichkeiten. Eine davon ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, denn „die politischen und sozialen Probleme zeigen sich nicht mit der gleichen Schärfe bei Leuten, die reich, die wohl situiert (*dont le bien-être est développé*) sind, als in Zeiten der Misere.“ (ANOM 1affpol-838) Aus diesem Grund sollte kollektiver Landbesitz durch individuelle Besitztitel

ersetzt und so eine Klasse einheimischer Grundbesitzer und Pflanze geschaffen werden.

Überhaupt verbindet der koloniale Entwicklungsdiskurs das Soziale immer wieder eng mit wirtschaftlichem Fortschritt, wobei die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonisierten immer auch den Profit des Kolonisators mit einschließt. Ganz dicht formuliert findet diese enge Verbindung ihren Ausdruck in einem Vorbereitungsdokument für die Konferenz von Brazzaville: „Fazit: Wechselwirkung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Maßnahmen um den *standard of life* der Einheimischen zu verbessern und die Ausbeutung der kolonialen Reichtümer zum Wohl aller (*pour le bénéfice de l'humanité*) zu sichern.“ (1affpol-2201/6-1)

Bis nach dem Zweiten Weltkrieg steht „soziale Entwicklung“ in erster Linie für Gesundheit und Anpassung der AfrikanerInnen an einen westlichen Lebensstil mittels Bildung. So verweist Generalgouverneur Coppet bei der Würdigung seines Vorgängers Brévié 1936 ausführlich auf dessen Leistungen für den Gesundheitssektor.

„Generalgouverneur Brévié hat sich im Gesundheitsbereich insbesondere dem Fortschritt unserer sozialen Aktion gewidmet, die ein dreifaches Ziel verfolgt: Die Lebensbedingungen der Bevölkerung durch Erziehung zu Hygiene zu verbessern; die Volksgesundheit durch Vorsorge für und Betreuung von schwangeren Frauen, Müttern und Kindern zu verbessern (*améliorer la race*); die gesunden Einwohner – *les sujets sains* – durch sorgfältige medizinische Überwachung der Arbeitsplätze und der Ballungsräume vor endemischen Krankheiten zu schützen.“ (ANOM 1affpol-541)

In diesem Zusammenhang spricht Coppet auch private Initiativen an – u.a. „*les dames de la Croix-Rouge*“ – die einen „geschätzten Beitrag“ im städtischen Bereich leisten, „und ich bedanke mich zutiefst bei jenen, die sich der noblen Aufgabe widmen, mit Hilfe wirksamer Mildtätigkeit (*charité efficace*) die Großartigkeit des französischen Wirkens in Afrika zur Geltung zu bringen.“ (ANOM 1affpol-541)

In der Planung nach 1945, wie sie etwa die Unterlagen aus der Planungsabteilung des Überseeministeriums unter Leitung von Raphaël Saller dokumentieren (ANOM 1affpol-908-1), wird soziale Entwicklung bereits differenzierter gesehen, zugleich wird, was Wohlfahrt und

Lebensstandard betrifft, in erster Linie an die städtische Bevölkerung gedacht. „Die Frage des Lebensstandards ist in gleicher Weise eine der Stadtentwicklung, des Wohnens, der Einrichtung, der Kleidung und der Haushaltsgeräte. Ein recht komplexes Unterfangen, zu dem eine öffentliche Initiative höchstens teilweise oder indirekt etwas beitragen kann.“ Saller sah die Voraussetzung für einen Erfolg einerseits in einer Verbesserung der Einkommen, die wiederum eng gekoppelt an die Entwicklung einer lokalen Güterproduktion verstanden wird, andererseits in der gesellschaftlich genutzten Infrastruktur wie Wasserversorgung und Elektrizität – „des moyens collectifs qui sont à la base du confort“. Was das Wohnen und die Gestaltung des Siedlungsraums betrifft, gilt es, die physische wie die soziale Umwelt einzubeziehen, Faktoren zu berücksichtigen, die „dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Individuen oder sozialen Gruppen zu intensivieren, die besonderen Qualitäten Einzelner oder von Gruppen zu entwickeln, indem man sie in einem Rahmen leben lässt (*en les faisant vivre*), in dem sich ihre natürliche Art am wohlsten fühlt.“ (ANOM 1affpol-908-1)

Voraussetzung für ein Gelingen der sozialen Entwicklung seien Stadtplanung, die richtige Auswahl der Baumaterialien, die Gründung von Industrien, die das entsprechende Material produzieren, und Einrichtungen, die Kredite für den Bau von Wohnungen und die Ausstattung bereitstellen. Aufgabe der Metropole – „d’une Métropole soucieuse de développement des peuples d’outremer“ – wäre es, die notwendigen Mittel bereitzustellen, und das wäre keineswegs sehr kostspielig, denn soziale Entwicklung und Verbesserung des Lebensstandards ließen sich über staatlich besicherte Kredite finanzieren. „Im Grunde geht es nur darum, den Rahmen zu schaffen, in dem private Initiativen tätig werden.“ (ANOM 1affpol-908-1)

Für die Freizeitgestaltung schlug der Planungsdirektor den Bau von Sportstätten und Festsälen vor, auch hier wenn möglich in Form einer Förderung öffentlicher Körperschaften. Der Rest würde von alleine kommen, sobald „die Arbeiter genug verdienen, um sich den Eintritt zu einer Veranstaltung leisten zu können.“ (ANOM 1affpol-908-1)

Als Drittes befasst sich die Planung mit sozialer Absicherung. „Wie alle Menschen, die in modernen Gesellschaften leben, müssen auch die Einwohner der Überseeterritorien von einem System der sozialen Absicherung profitieren können, das ihnen im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter eine Existenzsicherung bietet.“ (ANOM 1affpol-908-1)

Die Sozialversicherung für Angestellte des kolonialen Staates (inklusive

Polizei und Militär) war wohl geregelt und gesichert und wurde durch mehrere Dekrete in den 1940er und 1950er Jahren laufend an die Situation angepasst. (Niandou 1993) Für die Arbeitskräfte des privaten Sektors begannen erst Ende der 1950er Jahre die Verhandlungen um eine Ausweitung der sozialen Leistungen in Hinblick auf Krankheit, Arbeitslosigkeit und Altersrente.

Angesichts der einleitenden Feststellung Sallers, es handle sich bei den Überseeterritorien um Länder, wo (beinahe) alles neu aufzubauen war – *des pays nus ou presque nus* – überrascht der Optimismus, den er dem Ausbau der sozialen Infrastruktur quasi in Form einer *Public-Private-Partnership* zugrunde legte. Andererseits beriefen sich die Verantwortlichen regelmäßig auf die fehlenden finanziellen Mittel, wenn lokale Akteure Forderungen anmeldeten – wie etwa die Gewerkschaften für den Bereich der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer im privaten Sektor. Es blieb daher, wie seinerzeit bei Sarraut, auch hier von der Planung hauptsächlich der Plan. Nur ein kleiner Teil der Mittel aus den Entwicklungsfonds floss in soziale Projekte. In der Vorbereitung des zweiten Entwicklungsplans befindet die damit befasste Kommission (März 1953):

„Die Grundausstattung wird nicht vernachlässigt werden, aber die Maßnahmen des zweiten Plans müssen eng an die Produktionsbemühungen gebunden sein und von diesen gesteuert. Die soziale Ausstattung wird ebenso weiter betrieben, doch wird man sie in Hinblick auf die Betriebs- und Unterhaltskosten, die die lokalen Finanzen belasten, bewerten müssen.“ (ANOM 1fides-23-2)

Die Rentabilität des Sozialen und der „zivilisatorische Auftrag“, seit Sarraut immer wieder angesprochen, waren damit aus dem Diskurs verschwunden und durch eine Art „Hilfe zur Selbsthilfe“ ersetzt worden.

Anfang der 1950er Jahre wurden die ersten Sozialbehörden (*service social*) geschaffen, an denen die französische Seite vor allem drei Dinge kritisierte: Sie würden sich zu sehr am Modell der Metropole orientieren und das wäre verfrüht, sie würden sich zweitens zu sehr einmischen, und drittens sei ihr Aufgabenbereich zu groß. Die afrikanische Elite sah ihrerseits die zur Verfügung stehenden Mittel besser in die Ausbildung von Fachkräften und den Bau von Schulen investiert, als in die Betreuung von Kranken und

Hilfsbedürftigen. Aus eigener Sicht war es Aufgabe des *Service des Affaires Sociales*, sich um die „Verbesserung der Lebensbedingungen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen“ zu kümmern, doch seien keine spektakulären Änderungen zu erwarten und eine Verbesserung in Zahlen auch schwer messbar.

„Wie bei allen Aktivitäten, die direkt Menschen betreffen, muss man vorsichtigerweise eine bestimmte Quote an Misserfolgen einrechnen. [...] Man darf also nicht behaupten, jede von einer Sozialarbeiterin unterstützte Frau wäre deshalb glücklich, noch dass aus allen in die Erziehungsanstalt Tabou eingewiesenen jugendlichen Delinquenten Modelle der Tugend würden, oder schon gar, dass ein mittels Education de base bearbeitetes Dorf eine Modellsiedlung würde. Wir orientieren uns nur an solchen Zielen.“ (ANOM AOF 2G55/138)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Diensten waren wenige, die Mittel waren knapp und der Aufgabenbereich vielfältig. Im Jahresbericht der Côte-d'Ivoire für 1955 wird das Problem sehr ausführlich angesprochen:

„Die einen wie die anderen, total überfordert, können sich weder ernsthaft jenen Kindern widmen, die nicht in die Schule gehen, noch den Schülern, sobald sie nachhause zurückkehren; sie können sich auch nicht um jene Erwachsenen kümmern, die zwar körperlich gesund sind, aber in elender Verfassung, verlassen oder seelisch gestört [...]. Man spricht sehr viel von Erziehung, aber es gibt keine Einrichtung, die sich um die Freizeitgestaltung kümmert, die doch so wichtig für die moderne Gesellschaft ist. [...] Es existiert keine Einrichtung, die sich mit der Förderung der Frauen befasst. [...] Wenn sich niemand um die Ausbildung [der Frauen] kümmert, um die Erziehung als Frau und Mutter [...], wird das in den kommenden Jahren zu einem schweren gesellschaftlichen Ungleichgewicht führen.“ (ANOM AOF 2G55/138)

Die Darstellung erfasst mit einem westlichen Blick die Umstände, die das Leben einer afrikanischen Familie im städtischen Kontext kennzeichnen, „wo alles den Mann, und nur den Mann begünstigt“. In einem Leben der Hinterhöfe, ohne hygienische Infrastruktur, obliege das Überleben der Familie der Frau, die angesichts der schmalen Subsidien ihres Mannes

durch verschiedenen Kleinhandel die Ihren durchbringen muss. Aus westlicher Sicht lebt die Frau im Gegensatz zum Mann isoliert, überkommenen Traditionen ausgeliefert und im Unverständnis der modernen, städtischen Umwelt, nicht zuletzt aufgrund ihres Analphabetismus.

Das Angebot, das ihr die koloniale Entwicklung machte, war allerdings wenig geeignet, diese „Isolation“ zu überwinden. Nicht Alphabetisierung und gewinnbringende Geschäftsführung kleiner Unternehmen bietet der Ausbildungsplan für Frauen, sondern Nähen, Hygiene und Kinderpflege.

Die Bedeutung von sozialer Entwicklung für Frauen erhält solcherart eine recht eindeutig diskriminierende Konnotation. Wenn der Bericht der *Affaires Sociales* in Abidjan auf fatale Konsequenzen einer mangelnden und einseitigen Bildung für Frauen im Gegensatz zum Angebot für den männlichen Teil der Kolonisierten verweist, nennt er als Merkmal der „*malaise*“, dass Afrikaner der Elite immer häufiger Europäerinnen heirateten und „die afrikanische Frau daran zu leiden“ habe. (ANOM AOF 2G55/138)

Ein Kreiskommandant in Sénégal wird in seinen Argumenten sehr konkret: „Ich glaube, was den Aufstieg der afrikanischen Beamten bremst, ist die Frau.“ Auch er verweist auf den eklatanten Bildungsunterschied zwischen den Geschlechtern, schränkt jedoch aus westlich-patriarchalischer Sicht das Bildungsziel auf den Haushalt ein: „L'éducation ménagère de la plupart de femmes de nos fonctionnaires reste à faire“. Die Frau wird aufgrund ihres „Bildungsdefizits“ zum Entwicklungshindernis, denn: „Die Unterkunft eines unverheirateten Beamten ist nahezu immer perfekt sauber; sobald er sich verheiratet ist, die Chance groß, dass Unordnung und Schmutz bei ihm einziehen.“ (ANOM AOF 2G52/214)

Der Fortschritt gegenüber der Zwischenkriegszeit bestand darin, dass nicht nur eine kleine Auswahl von Frauen wahrgenommen wurde, sondern die Frau als solche – in erster Linie allerdings die Frau im städtischen Lebensraum. Das Angebot an Entwicklungschancen, das ihr das System bot, hatte sich jedoch nicht wesentlich geändert.

Hinsichtlich der ländlichen Bevölkerung fokussierte koloniale Entwicklung weniger auf die Verbesserung des Lebensstandards als auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine Ausweitung der agrarischen Produktion. Gouverneur Roland Pré sprach dies in seiner Eröffnungsrede einer Sitzung der *Commission d'étude et de coordination des plans de modernisation et d'équipements des Territoires d'Outre-mer* im März 1953 sehr direkt an:

„Die Humanressourcen (les problèmes humains) betreffend geht es im Wesentlichen um eine *éducation de base*, gerichtet auf eine technologische Ausbildung im ländlichen Bereich. Diese Initiative ist eine unabdingbare Ergänzung der technischen Maßnahmen, die im Rahmen des Plans auf die Entwicklung der einheimischen Produktion zielen.“ (ANOM 1fides-23-1)

Das Modell der *Éducation de base* zielte auf ländliche Erwachsenenbildung und sollte – zur Entlastung der Kolonialverwaltung – der Bevölkerung in den Dörfern jenes Wissen und jene Techniken beibringen, die sie zur Erfüllung der Rolle brauchten, die ihnen das koloniale System zugewiesen hatte.

Die Einführung der *Éducation de base* war mit einer Initiative der UNESCO verbunden, die dafür folgende Definition gab:

„Unter ‚Education de base‘ versteht man jenes Mindestmaß an allgemeiner Bildung, das zum Ziel hat, Kindern und Erwachsenen, die nicht den Vorteil eines Schulbesuchs hatten, zu helfen, die Probleme der Umwelt, in der sie leben, zu verstehen, ein richtiges Verständnis ihrer bürgerlichen und individuellen Rechte und Pflichten zu erwerben und effizienter am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Gemeinschaft, in der sie leben, teilzuhaben.“ (UNESCO 1952)

Der französische Agrarexperte G. Ancian, Autor von *La Modernisation du paysannat dans les Territoires d’Outre-Mer* (1956), orientierte sich in seiner Darstellung am Modell des britischen *Community Development* (*Développement des collectivités*) und fokussierte auf die Gemeinschaft statt auf das Individuum. In diesem Sinne ist *Éducation de base* „ein Instrument (*mouvement*) zur Förderung eines besseren Lebensstandards für die Gemeinschaft als Ganze, getragen von aktiver Teilhabe dieser Gemeinschaft und wenn möglich aufgrund [eigener] Initiative.“ Dass letztere nicht selbstverständlich war, erkannte der Verfasser an. „Kommt die Initiative nicht spontan, muss sie durch spezielle Techniken provoziert und stimuliert werden.“ (ANOM 1affpol-2320-2) Wer den Anstoß für Entwicklung geben kann und soll, bringt ein Kreiskommandant aus dem Sénégäl recht deutlich zum Ausdruck. „Die Erfahrungen zeigen, dass die Europäer sehr wohl imstande sind, die Rahmenbedingungen zu schaffen und die Führung zu

übernehmen, wenn es gilt den Bauern zu einem besseren Leben zu verhelfen.“ (ANOM AOF 2G52/ 207)

Éducation de base betraf nach Vorstellung der Planer alle möglichen Formen von Aktivitäten, „ob sie nun von der Regierung oder von privaten Gruppierungen betrieben werden“, und sie empfehlen, dass sie „in der Entwicklungspolitik jeder Kolonie oberste Priorität“ habe. (ANOM 1affpol-2320-2)

Nicht alle kolonialen Akteure sahen, wie die Agrarexperten, Erziehung für Entwicklung als einen Bereich, der durch Basiswissen in Technologie und Vermarktung abgedeckt war. Kritisch bemerkte ein Bericht der *Services Sociales*:

„Die moderne Verwaltung, aufgeteilt in die verschiedensten, immer mehr spezialisierten Einrichtungen, die eifersüchtig über ihre Pfründe wachen, tendiert dazu, die Probleme nur von der technologischen Seite zu betrachten. Man spricht zu viel von technischem Fortschritt, Lebensstandard, materieller Verbesserung, und vergisst die Bedürfnisse, die Wünsche, das Aufbegehren der Menschen.“ (ANOM AOF 2G55/138)

Gegen diesen technologischen Zugang und die von oben gesteuerte Entwicklung fordert die Verfasserin oder der Verfasser des Berichts die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, deren Motivierung („leur redonner le goût de l’initiative perdu pendant longtemps“) und deren Einbeziehung in die Gestaltung ihrer höchst eigenen Angelegenheiten. Der Appell spricht noch ein weiteres Defizit an: es gilt, die Menschen individuell und nicht als Masse anzusprechen, in der Stadt wie in den Dörfern.

Im Übrigen bestätigen Umfang und Zahl der im Kolonialarchiv aufgefundenen Dokumente die Anmerkung im Bericht der *Services Sociales* in Abidjan, dass nämlich die Entwicklung ländlicher Arbeitskraft, wie sie das Modell der *Éducation de base* bezweckte, weitaus mehr Aufmerksamkeit der Planer und der Experten erhielt als soziale Entwicklung im eigentlichen Sinn.

Auf eine sehr direkte Weise spricht der Bericht an, was auch die Entwicklungshilfe der nachfolgenden Dekaden als ihre wesentliche Aufgabe bezeichnet: „Die Sozialarbeit ist nicht spektakulär, denn ihre Aufgabe ist nichts anderes als das zu beseitigen, was nur allzu sichtbar ist: Elend, Krankheit, die sozialen Mängel der modernen Gesellschaft, die Ungleichheit von Männern und Frauen“. Die VerfasserIn kommt zur

Erkenntnis, dass es das oberste Ziel des *Service social* sei, „sich selber überflüssig zu machen“. (ANOM AOF 2G55/138)

Vormundschaft

Die Beschreibung der Beziehung zwischen Kolonisator und Kolonisierten, wie sie Albert Sarraut in *Mise en valeur* formulierte, ist charakteristisch für den kolonialen Diskurs und bis zu einem gewissen Grad bis heute für die Gestaltung der Beziehung zwischen Gebern und Zielgruppen der Entwicklungshilfe:

„Ihre Entwicklung muss, unter unserer Vormundschaft, im Rahmen ihrer Kultur, ihrer Tradition, ihres Milieus, ihres sozialen Lebens, [und] ihrer weltlichen Institutionen erfolgen. Uns obliegt es zweifellos, [diese Evolution] zu verbessern, sie zu beleben mittels einer intelligenten Durchdringung (*pénétration intelligente*), durch das nützliche und weise Einbringen unserer Prinzipien des modernen Fortschritts. Wir hätten allerdings unrecht, wollten wir sie grundlegend ändern, indem wir ihnen die Blaupausen unserer demokratischen Institutionen aufdrücken.“ (Sarraut 1923: 104)

Als geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles nannte Sarraut die Erziehung der einheimischen Bevölkerung unter französischer Vormundschaft – *des populations indigènes dont nous avons assumé la tutelle* –, doch stünde diese Verpflichtung sehr wohl im Einklang mit den „wirtschaftlichen, administrativen, militärischen und politischen Interessen“ des kolonialen Souveräns. (Sarraut 1923: 95)

In Zusammenhang mit der Wahrung dieser Interessen verweist Sarraut auch wiederholt darauf hin, dass die koloniale Politik „ihre Mündel“ (*nos protégés*) ohne Diskriminierung, „welche auch immer die Farbe ihrer Haut, welches der Rückstand ihrer Entwicklung“ sei, als Menschen, als Einzelpersonen, und nicht als anonyme Masse zu sehen habe, „non une masse anonyme et servile, des âmes et non des troupeaux d'ergastule ou des 'éponges fiscales'.“ (Sarraut 1923: 88, 100)

Sarrauts Darstellung der Kolonisierten, die in erster Linie auf seinen Erfahrungen als Kolonialbeamter in Indochina fußte, seine Ablehnung der Anonymisierung und der Behandlung der unterworfenen Bevölkerung als

amorphe Menge, teilen wenige Kolonialbeamte in AOF. Deren Diskurs behandelt die Kolonisierten vielmehr als gesichtslose Masse, als undifferenzierte Menge an „Eingeborenen“, die man umso eher „lieben und beschützen“ kann, je weniger man sie als einzelne Menschen wahrnimmt. „Aimer l'indigène, le protéger, l'instruire par le travail, telle est le rôle paternel que la France s'est imposée“ nannte der Abgeordnete Pierre Valude 1922 in seinem Bericht an die Abgeordnetenversammlung die Aufgabe Frankreichs in AOF. Aus seiner (und nicht nur seiner) Sicht war das Verhältnis zu den Kolonisierten das einer „wohlwollenden Vormundschaft“ (*tutelle bienveillante*), aber keineswegs einer „politischen Gleichwertigkeit“ (*égalité politique*). (ANOM 1affpol-539)

Der koloniale Vormund hatte sich um das Wohlbefinden insoweit zu kümmern, als die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Gesundheitsvorsorge – vor allem in Hinblick auf die Sicherung des Potentials an Arbeitskraft – zu garantieren war. Sicherheit und Ruhe unter der Bevölkerung galten als weitere Voraussetzungen für eine effiziente Inwertsetzung der Territorien. In einem Bericht der Verwaltung von AOF hieß es 1935 betreffend die Lage in der Föderation:

„Ganz allgemein ist uns die breite Masse der Einheimischen zutiefst dankbar für Ordnung und Frieden, die im Land hergestellt wurden. Sie schätzt sehr richtig das fürsorgliche Wohltun (*les bienfaits d'une sollicitude*), das niemals nachgelassen hat und ihre Umsetzung in einer fortschreitenden Verbesserung der [landwirtschaftlichen] Kulturen und der unaufhörlichen Weiterentwicklung des Sozialen (*le développement sans cesse accru des œuvres sociales*) findet.“ (ANOM 1affpol-2810-2)

Die kolonialen Akteure heben ihre fördernde und wohlwollende Einstellung gegenüber den Kolonisierten vor allem dann hervor, wenn sie durch Konkurrenz (in erster Linie der Briten, aber auch der Portugiesen und Belgier) herausgefordert werden. Angesichts einer massiven Abwanderung aus den französischen Territorien während des Ersten Weltkriegs formulierte die föderative Verwaltung in Dakar in ihrem Bericht über das Jahr 1923 ihre Zuversicht, die kolonialen Subjekte würden – sobald die schlechten Erfahrungen des Krieges verblasst wären – erkennen, „welche moralischen und materiellen Vorteile unsere Methoden der Kolonisation verglichen mit jenen der Nachbarn bieten.“ (ANOM 1affpol-536/5) Es störte

die Berichterstatter wenig, dass den Vorteilen, die sie in der Folge auflisten, wenig Realität zukam.

Die ausgewerteten Texte enthalten eine beträchtliche Anzahl Aussagen, die die Behauptung einer rücksichtsvollen und wohlmeinenden Vormundschaft für die Kolonisierten realisieren: „Wohlwollendes Interesse“ (*intérêt bienveillant*), „Fürsorge für die Eingeborenen“ (*sollicitude pour l'indigène*), „Liberalismus“ (*libéralisme qui a toujours été à la base de notre politique coloniale*), Beachtung der legitimen Erwartungen (*réponse aux légitimes aspirations de la population*), „Vorrang eines moralischen vor dem wirtschaftlichen Profit“ oder „Schutz der Einheimischen“.

François-Joseph Reste, Gouverneur der Côte d'Ivoire schrieb 1936 in einem Brief an den Generalgouverneur in Dakar: „Wir müssen mit den Einheimischen in ständigem Kontakt bleiben. Das ist die einzige Möglichkeit, den zivilisatorischen Auftrag zu erfüllen, der uns zukommt.“ (ANOM 1affpol-624-3)

Im Austausch für „Friede“, „Gesundheit“, „Erziehung“, „Wohlstand“ sowie moralische Sicherheit und Wertschätzung (*la sécurité morale et le sentiment de leur dignité*) – „devoir de tutelle bien compris de l'administration“ (ANOM 1affpol-2201/6-2) – erwarteten sich die kolonialen Akteure Vertrauen, Anpassung, Unterwerfung sowie Bereitschaft zu Produktion und Arbeit.

In seiner Lobrede auf Generalgouverneur Brévié sagte sein Nachfolger Coppet im Dezember 1936: „Gewiss, wir wollen unsere Kolonien entwickeln, wir wollen sie ausstatten, aber nicht, um daraus einen materiellen Vorteil zum Nachteil der Bevölkerung zu ziehen, die uns anvertraut ist. Wir verfolgen hier keinen anderen als einen moralischen Gewinn, und das ist der uneigennützigste Profit, den wir von unseren Kolonien haben, indem wir das Los derer verbessern, denen wir nicht Herren oder Chefs (*les maîtres ou les patrons*) sind, sondern Lehrmeister und Führer (*les tuteurs et les guides*).“ (ANOM 1affpol-541)

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs bricht der Vormundschaftsdiskurs ab und macht einem der „gesteuerten *self-reliance*“ Platz. In dieser Formulierung steckt auf den ersten Blick ein Widerspruch; es ist ein Paradoxon ähnlich dem der „verantwortlichen Partnerschaft“ oder der „nachhaltigen Entwicklung“ und dem Entwicklungsregime eingeschrieben. Überseeminister Defferre realisierte 1956 die höhere Bedeutung dieses Paradoxons, indem er den „Begünstigten“ – ein Begriff, der ab dann die Bezeichnung „*indigène*“ ersetzt – für die Umsetzung dessen verantwortlich

macht, was ihm von außen her aufgedrungen (aufgetragen) wurde. „Es ist unabdingbar, dass die Benutzer imstande sind die Tragweite und Wirkung der Entwicklungsbemühung zu verstehen, nicht nur weil sie die Begünstigten sein werden, sondern weil sie die Verantwortung dafür übernehmen müssen, dass das Instrument der Produktion in einem perfekten Funktionszustand erhalten bleibt.“ (ANOM 1fides-39-2) Die Darstellung des Dritten Entwicklungsplans enthält eine Reihe von Verpflichtungen vor allem für landwirtschaftliche Produzenten (*le paysannat éclairé, vraies paysans évolués*), inklusive der Notwendigkeit, die durch die Planer vorgeschriebenen Einstellungen zu verinnerlichen. „Es ist von höchster Wichtigkeit, dass sich der Bauer nicht eingeschlossen fühlt in ein System, das an seiner Stelle denken und handeln werde.“ (ANOM 1fides-39-2)

So wird der „aufgeklärte Bauer“ zum bevorzugten Ziel der Entwicklungsplaner: „Diese Aufgabe des Erziehers bleibt die unsere und kann nirgendwo besser umgesetzt werden als in der Modernisierung der bäuerlichen Produzenten“, schrieb G. Ancian 1956 in *La Modernisation du paysannat dans les Territoires d’Outre-Mer*, und übertitelte eines der Kapitel „La société noire est une société paysanne“. (ANOM 1affpol-2320-2) Bereits im Rahmenprogramm der Konferenz von Brazzaville war die Rolle der Europäer als Entwicklungsexperten angesprochen worden, mit einem Schwergewicht in der ländlichen Produktion und in enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Verwertung der Produkte.

„Der Europäer wird seinen Platz ganz selbstverständlich (toute naturelle) in den Sociétés de prévoyance finden oder in Genossenschaften oder auch als Entwicklungshelfer-Kaufmann (moniteur-commerçant), der sich darum bemüht, eine gewisse [landwirtschaftliche] Kultur in einer Region zu fördern, und im Austausch dafür über eine bestimmte Zeit das Monopol für den Ankauf der daraus resultierenden Produkte erhält.“ (ANOM 1affpol-2201/5-1)

Waren die landwirtschaftliche Produktion für den Export und damit verbunden die Subsistenzsicherung bevorzugtes Ziel der kolonialen Entwicklungsstrategien, wurde die städtische Gesellschaft hingegen mit Gefahr, geringer Produktivität und steigender Unsicherheit in Verbindung gebracht. Sie entzog der Landwirtschaft Arbeitskräfte und war Ursache für die wachsende Entfremdung zwischen den Generationen. Vor allem aber

war sie imstande, sich der direkten wie indirekten Steuerung durch die koloniale Macht zu entziehen, die durch „Vormundschaft“ und im spätkolonialen Kontext durch „(technologische) Entwicklung“ ihre Realisierung fand.

Vom kolonialen zum postkolonialen Entwicklungsdiskurs

Aus der Perspektive heutiger Entwicklungsforschung erzeugt das Befassen mit dem kolonialen Entwicklungsdiskurs immer wieder ein Gefühl des *déjà vu*, das sich umso mehr verstärkt, je weiter die Untersuchung in das Gemenge relevanter Diskurse in Administration und Wissenschaft eindringt.

Dies gilt zuvörderst für den Gegensatz zwischen Diskurs und Handeln, der hier nur am Rande angesprochen wurde; es zeigt sich jedoch auch anhand einer Reihe anderer Aspekte. Wesentlich für die Übereinstimmung von kolonialem und postkolonialem Entwicklungsdiskurs sind drei Makrothemen, auf denen der Diskurs aufbaut:

- Das Argument der Differenz in Verbindung mit der Asymmetrie der Macht,
- das Argument der technologischen Machbarkeit in Verbindung mit der Dominanz der Wirtschaft über das Soziale, sowie
- das Argument des gemeinsamen Nutzens verbunden mit der (erzwungenen) Integration in ein größeres Ganzes.

Diese Makrothemen machen den Kern einer „Ideologie von Entwicklung“ aus, die Diskurs und Handeln in diesem Feld beeinflusst. Folgen wir Norman Faircloughs Auffassung von Ideologie – „Ideologies are representations of aspects of the world which contribute to establishing and maintaining relations of power, domination and exploitation“ (Fairclough 2003: 218) – so wird die Nähe zum Kolonialismus sehr deutlich, und der Diskurs über Entwicklung zu einem Teil der „*hegemonic narratives*“, die über die Verteilung des sozialen Produkts und über Inklusion und Exklusion der Akteure bestimmen.

Die genannten Makrothemen manifestieren sich anhand verschiedener Themen, Praktiken, Kollektivsymbole (Topoi), Wissens Elemente, Strategien

etc. Ihre Realisierung erfahren diese Formative durch unterschiedliche Äußerungen, die dadurch bestimmt sind, wie etwas in gegebenen Kontexten und aufgrund bestehender Machtverhältnisse sagbar bzw. zulässig ist.

Die Wirksamkeit der „Entwicklungsideologie“ lässt sich allerdings nicht aus dem Diskurs allein, sondern erst in Verbindung mit einer kontextbezogenen historischen Analyse und der Kenntnis der aus dem Handeln entstehenden Konsequenzen zeigen, dem Wissen um die realen Lebensbedingungen der von „Entwicklung“ betroffenen Menschen.

Die Erkenntnis, dass die Geschichte von „Entwicklung“ weiter zurückreicht als bis zur viel strapazierten Rede von Truman 1949, ist keineswegs neu. Uma Kothari nennt sie „a historical trajectory that links colonialism to contemporary processes of globalization generally, and development more specifically“. Sie spricht von einer „kolonialen Genealogie“ und warnt davor, künstliche Grenzen zwischen „the exploitation of empire and the humanitarianism of development“ (Kothari 2005: 50) zu ziehen. Auch Gilbert Rist beschreibt in *The History of Development* die kolonialen Spuren von Entwicklung, hält jedoch das Argument des Bruchs, der Neuerfindung von „Entwicklung“, aufrecht: „There was still one actor missing from it all: the United States. And one concept still needed to be invented: ‚development‘.“ (Rist 2008: 68) Françoise Dufour schließlich unterscheidet, ausgehend von einer Diskursanalyse eines umfangreichen Textkorpus (Dufour 2006), zwischen einem „kolonialen Diskurs“ und dem „Entwicklungsdiskurs“, die in der hochkolonialen und spätkolonialen Zeit parallel zueinander liefen.

„The period between the end of the First World War and the independence of African nations around 1960 was marked by the passage from a colonial Discourse based on ‘progress of civilisation’ (*progrès de la civilisation*) to a post-colonial Discourse based on ‘development’, in which the development of Africa (*développement de l’Afrique*) refers to the process undertaken by former African colonies to achieve a certain level of economic development and well-being. The term *développement* had already been in use in colonial discourses, as part of the more general notion of ‘civilisation’ (*civilisation*). It definitively entered mainstream dialogue from the moment of independence onwards, but the term was

not new. Already, at the beginning of the 1930s, it came to designate a shared, ideological notion.“ (Dufour 2014: 322)

Die hier vorliegende Beschreibung des „kolonialen Entwicklungsdiskurses“ versteht die Attribute „kolonial“ und „postkolonial“ allerdings nicht als Merkmale für einen Bedeutungsunterschied von „Entwicklung“, wie dies Dufour tut, sondern als historische, zeitliche Verortung von Textfragmenten und Aussagen und nicht mehr. Es erscheint aufgrund der untersuchten Dokumente auch nicht sinnvoll, Kolonialdiskurs und Entwicklungsdiskurs als getrennte, parallel laufende Diskurse zu analysieren. Der Entwicklungsdiskurs ist dem Kolonialdiskurs eingeschrieben und setzt sich aus verschiedenen Einzeldiskursen zum Makrothema „Entwicklung“ zusammen, die über den Untersuchungszeitraum hinaus durch ungleich rasche Veränderung der Gegenstände, Konzepte und Instrumente gekennzeichnet sind. Bestimmte Topoi (Kollektivsymbole) und Strategien, sowie diskursinterne und interdiskursive Widersprüche und Übereinstimmungen blieben über lange Zeit erhalten, erfuhren jedoch unterschiedliche sprachliche und pragmatische Realisierungen, oder verschwanden unterdrückt, vergessen oder verboten aus dem Diskurs.

Das Argument der Differenz wird sowohl in Elementen des Diskurses wie in konkreten Realisierungen sichtbar. Zu letzteren gehören das Einkommen der Akteure, die räumliche und symbolische Kennzeichnung der Rangordnung (Lage und Ausstattung des Arbeitsplatzes, Uniformen, Abzeichen u.a.), alles was mit Wohnen und Transport zu tun hat, Zugriff auf Information und finanzielle Mittel betreffend Projekte, etc.

In der vorangegangenen Beschreibung diskursiver Elemente wurden einige Merkmale der Differenz recht deutlich sichtbar, u.a. anhand des Diskursstranges „Vormundschaft“. Zentral ist hier die Behauptung, dem Kolonisator (bzw. dem Geber in der Entwicklungshilfe) komme eine „Verantwortung für den (menschlichen) Fortschritt“ („*trusteeship*“, „*mission humaine*“ oder „*tutelle*“) zu, und daran hat sich bis heute nichts geändert.³¹ Verbunden damit ist die Annahme (und Zuweisung) verschiedener Rollen

³¹ Jeffrey Sachs (2005) behauptet im Titel einer Version seines Sellers *The End of Poverty: „How We Can Make It Happen in Our Lifetime“*, und dieses „*We*“ ist eindeutig ein exklusives *We* der Geber und Experten.

der beteiligten Akteure, vor allem die des „Vormunds“ („Anwaltschaft“, „*advocacy*“) und des „Mündels“ (die „Begünstigten“).

Die Ausweitung vom Fortschritt der Nation auf den Fortschritt des Imperiums erlaubte es, die Interessen des Zentrums denen der Peripherie überzuordnen. In Verbindung mit den Aussagen von der „Überwindung des *Pacte colonial*“ einerseits und der „Unterentwicklung der Kolonien“ andererseits wurde die „Verantwortung für den Fortschritt“ zur Begründung eines Vorteils, den die Metropole aus der wirtschaftlichen Vernetzung gewann. Die wirtschaftliche Entwicklung des Zentrums ist im kolonialen Diskurs nicht die Folge, sondern die Bedingung für den „Fortschritt der afrikanischen Zivilisation“. Hier verschiebt sich – diskursiv, jedoch nicht in der Umsetzung – das Gewicht in der spätkolonialen Phase auf eine wechselseitige Bedingtheit, auf einen Fortschritt als Folge eines höheren Grades der Vernetzung, von der alle Beteiligten profitieren sollen.

Charakteristisch für den Vormundchaftsdiskurs – und bis zu einem gewissen Grad auch für die Beziehung zwischen Gebern und Zielgruppen der späteren Entwicklungshilfe – ist Albert Sarrauts Formulierung in *Mise en valeur*: „Ihre Entwicklung muss unter unserer Vormundschaft [...] erfolgen.“ (Sarraut 1923 : 104) Instrument der Entwicklung ist die *pénétration intelligente* durch westliche Wissenssysteme, wobei Sarraut hier sofort einschränkte, indem er die „Blaupausen unserer demokratischen Institutionen“ als ungeeignet für einen Transfer bezeichnete.

Für das Fortleben der Vormundchaftsstrategie lassen sich im rezenten Bereich krasse Belege finden. „Man muss sie wie kleine Kinder behandeln“, belehrte eine südamerikanische Weltbankexpertin den Neuling Klitgaard (1990: 73) über den Umgang mit seinen äquatorialguineischen Partnern: „Sie müssen sehr streng mit ihnen sein. Diskutieren Sie nicht und zeigen Sie keinen Mangel an Entschlossenheit. Sagen Sie ihnen einfach, was sie zu tun haben.“

Während die hochkoloniale Periode durch einen „Vormundchaftsdiskurs“ geprägt war, sprachen die kolonialen Akteure ab 1944 vermehrt die Eigenverantwortung der afrikanischen Bevölkerung an. Die „Anleitung zum Tun“, begleitet von Anordnungen und Sanktionen, wurde erweitert durch die „Motivation zum Tun-Wollen“, durch die „Hilfe zur Selbsthilfe“. Aus dem „Schützling“ und „*indigène*“ wurde der „Begünstigte“. Mit dieser Annäherung der Bedeutung und den neuen Strategien wurde bereits im kolonialen Entwicklungsdiskurs das Paradoxon des partizipatorischen Entwicklungshandelns sichtbar, das Partnerschaft und Selbstverantwortung

mit einem transitiven Model der Entwicklung verbindet – ein Widerspruch, den die Entwicklungshilfe bis heute nicht in den Griff bekommen hat.

Gilbert Rist interpretiert den Wechsel in der Benennung der beiden Seiten als Diskontinuität im Entwicklungsdiskurs:

„Colonized and colonizer had belonged to two different and opposed universes, so that confrontation between them [...] had appeared unavoidable as a way of reducing the difference. Now, however, ‚underdeveloped‘ and ‚developed‘ were members of a single family: the one might be lagging a little behind the other, but they could always hope to catch up.“ (Rist 2008: 73-74)

Françoise Dufour (2007: 154-155) führt das Argument weiter und interpretiert den Wechsel von *pays sous-développés* / *underdeveloped countries* zu *pays en voie de développement* / *developing countries* als diskursive Weiterentwicklung einer Tendenz Richtung „eine Welt“. Weder Rist noch Dufour stellen die Überlegung an, ob mit den Änderungen auf Äußerungsebene eine Änderung der Weltsicht verbunden war und ist.

Ein weiteres Element von „Differenz“ ist der Topos von der „kommunistischen Gefahr“. Von 1920 bis in die späten 1980er Jahre blieb er maßgeblich für die Zuwendung von finanziellen Mitteln, politische Zusammenarbeit und Kontrolle. Es veränderten sich in dieser Zeit allerdings Charakter und Zahl der Akteure und politischen Programme, die damit gekauft, ausgegrenzt bzw. als Feind (und Sicherheitsrisiko) abqualifiziert wurden.

Bestehen blieb über die Zeit auch die Denkweise vom Unterschied zwischen dem „Wir“ und den „Anderen“, zwischen Kolonisator und Kolonisierten oder Gebern und Begünstigten. Verschiedene Begriffspaare bringen diese Differenz zum Ausdruck, und wenn auch viele davon im heutigen Kontext nicht mehr „sagbar“ sind, so ändert dies grundsätzlich doch wenig an den Sichtweisen und Praktiken. Die Benennung der Akteure wechselte sukzessive von „zivilisiert vs. primitiv“ oder „*Européen* vs. *indigène*“, zu „Geber vs. Begünstigte“, bevor sie im Terminus „Partner“ scheinbar ineinander fiel. Bereits im kolonialen Kontext schob sich allerdings zwischen den „Franzosen“ und seinen „Untertanen“ („*sujet*“) der „(*citoyen*) *évolué*“ und die soziale Gruppe der „*métisses*“.

Textfragmente, wie das Zitat aus dem Rahmenprogramm der Konferenz von Brazzaville – „Afrika wird von uns seine freie Entfaltung erhalten, der

afrikanische Bauer, von dem in der Literatur zu oft die Rede war, wird von uns endlich die Möglichkeit bekommen, Wohlstand zu erwerben, ohne dadurch seine persönliche Identität (*sa nature propre*) zu verlieren“ (ANOM 1affpol-2201/5-1) – belegen nicht nur das Vorhandensein von Differenz, sie schreiben sie auch für die Folgezeit fest.

Eine andere Dimension von Differenz zeigt sich im Gegensatz von Stadt und Land und der Differenzierung des „modernen“ („fähigen“) Bauern vom traditionsverhafteten, auf die Subsistenz beschränkten Agrarproduzenten, die ihre wissenschaftliche Umsetzung in den 1950er und 1960er Jahre in der Konstruktion einer Theorie der „dualen Entwicklung“ fand.

Der „aufgeklärte Bauer“ wurde bereits in der Zwischenkriegszeit zum bevorzugten Ziel der Entwicklungsplaner und nach dem Krieg hieß es:

„Diese Aufgabe des Erziehers bleibt die unsere und kann nirgendwo besser umgesetzt werden als in der Modernisierung der bäuerlichen Produzenten“. (ANOM 1affpol-2320-2) Die städtische Gesellschaft wurde hingegen mit Gefahr, geringer Produktivität und steigender Unsicherheit charakterisiert. Mongo Betis *Ville cruelle* (Eza Boto 1954) zeichnet ein getreues Bild der von Entfremdung, kolonialer Willkür und wirtschaftlicher Ausbeutung geprägten kolonialen Stadt, dem die koloniale Literatur ebenso wie manche Texte afrikanischer Autoren eine ländliche Idylle gegenüber stellen.

Ein weiteres Vorkommen von Differenz ist „Entwicklungshilfe als Angebot für Männer“. Frauen bezeichnete der koloniale Diskurs als Entwicklungshemmnisse, reduzierte sie auf ihre Funktion in der Reproduktion und sah sie daher gemeinsam mit den Kindern als Zielgruppe im Bereich Gesundheit, sonst kaum mehr. Selbst als sich nach 1945 ein kleiner Teil der kolonialen Verwaltungseinrichtungen mit den Lebensbedingungen der Frauen auseinander zu setzen begannen, war das Angebot mit Nähen, Hygiene und Kinderpflege keines, das die Differenz zum männlichen Teil der Bevölkerung verringern konnte. Das Angebot an Entwicklungschancen, das ihnen das System bot, änderte sich auch mit den Unabhängigkeiten nicht wesentlich.

Das *Argument der technologischen Machbarkeit* wird in der vorliegenden Analyse zumindest an zwei Strategien sichtbar. Die eine ist die Ausbildung und Lenkung der – vor allem bäuerlichen – Arbeitskraft und der Steigerung der Effizienz und Quantität in der Produktion. Die zweite betrifft

Gestaltung und Finanzierung großer Projekte. Scheitern diese, wie zumeist, spricht man im rezenten Entwicklungsdiskurs von „weißen Elefanten“³² und schiebt die Verantwortung für das Scheitern den „Begünstigten“ zu.

Die Produktion der Bauern und Pflanzler, in geringerem Maße der Viehzüchter, war für die koloniale Verwaltung in AOF von größerem Interesse als Agrarbetriebe von Kolonialunternehmen. Daher stand die Einführung neuer Techniken wie Ochsenpflug, Einsatz von Dünger, Fruchtwechsel und Konturpflügen, sowie die Ausbildung der Bauern im Vordergrund – die ländliche Entwicklung späterer Dekaden unterschied sich nur wenig davon. Die dafür verwendeten Instrumente wie *Sociétés mutuelles de Promotion rurale* oder *Education de base* dürften nicht immer die erwarteten Ergebnisse erbracht haben, sonst hätte es keiner Kommentare gebraucht, die darauf hinwiesen, dass ländliche Entwicklung die Bereitwilligkeit des Bauern erfordere, „die Instrumente, die ihm zur Verfügung gestellt wurden“, zu verwenden. (ANOM 1fides-39-1) Der Hinweis, dass die Zielgruppen imstande sein müssten, die Neuerungen zu verstehen und zu akzeptieren, zeigt ein Problem auf, das die Entwicklungshilfe bis heute nicht in den Griff bekommen hat. Das Gleiche gilt für die Forderung, dass sie „die Verantwortung für das perfekte Funktionieren der [neu] geschaffenen Instrumente der Produktion übernehmen“ müssten. Minister Deferre zeigte in Verbindung damit auch gleich die Ursache für ein Versagen der Entwicklungstechnologie auf, dass nämlich der Bauer nicht eigenverantwortlich handeln konnte und wollte, weil er sich als „Teil eines Systems“ betrachtete, „das an seiner Stelle denkt und handelt.“ (ANOM 1fides-39-2)

Kritik an der technologisch ausgerichteten Entwicklung kam aus dem Lager der Sozialarbeiter: „Man spricht zu viel von technischem Fortschritt, Lebensstandard, materieller Verbesserung, und vergisst die Bedürfnisse, die Wünsche, das Aufbegehren der Menschen.“ (ANOM AOF 2G55/138) Es dauerte bis in die dritte Entwicklungsdekade, bis die Forderung nach holistischen Ansätzen allmählich Eingang in den Entwicklungsdiskurs fand. Dabei vergaßen die Kolonialbeamten in ihren Berichten selten, auf ihre sozialen Maßnahmen hinzuweisen, deren „wohltätige Wirkung“ allerdings häufig in der Ruhigstellung potentiell aufbegehrender Bevölkerungsteile bestand. „Soziale Probleme“ werden in den Texten häufig mit einem

³² Eine Bezeichnung für ein nutzloses Geschenk mit hohen Folgekosten, angeblich auf soziale Praktiken und Traditionen in Thailand zurückzuführen.

doppelten Attribut als „soziale und politische“ Probleme versehen und soziale Entwicklungsmaßnahmen nach ihrer politischen Wirksamkeit bewertet; Wohlstand und private Besitztitel garantieren in diesem Sinne Ruhe und Ordnung, und als Konsequenz eine gut funktionierende Wirtschaft. (ANOM 1affpol-838)

Agrarindustrielle Projekte, die mit dem Einsatz beträchtlicher Mittel und der erzwungenen Bereitstellung von Arbeitskraft verbunden waren, wie das *Office du Niger* im heutigen Mali, erwiesen sich als Fehlschläge, gerade weil die einseitige technologische Ausrichtung die soziale Entwicklung nicht nur vernachlässigte, sondern sogar verhinderte.

Das Argument des gemeinsamen Nutzens wird deutlich in der Behauptung, dass „wirtschaftliches Wachstum und Integration in größere Wirtschaftsräume Voraussetzung für Entwicklung“ seien. Dabei ging es anfangs um die Einbindung ins koloniale Imperium. Der Bezugsraum weitet sich dann bei Touzet (1938) angesichts der deutschen und japanischen kolonialistischen Forderungen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs auf Europa aus und umfasst schließlich die durch den US-amerikanischen Hegemon kontrollierte globale Wirtschaft.

Das Gesetz vom 30.4.1946, das die Grundlagen für die nachfolgenden Entwicklungsprogramme der Überseeterritorien formulierte, nannte den sozialen Fortschritt der lokalen Bevölkerung und die hinreichende Deckung ihrer Bedürfnisse „prioritär“, verband damit jedoch gleich die Verpflichtung, „die Programme zur Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Wirtschaft der *Union française* umzusetzen.“ (JORF lois 1.5.1946)

Eines der Dogmen des französischen Kolonialismus, das nach den Unabhängigkeiten in etwas anderer Form auch Frankreichs Afrikapolitik bestimmte, lautete: „Frankreich und seine Überseeterritorien sind eins“. Begründet wurde es vor allem mit dem Topos des gemeinsamen Vorteils bzw. Fortschritts – „Die Produktion entwickeln, das heißt, gemeinsam für die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung wie den Profit der Metropole zu arbeiten“ (ANOM 1fides-23-2).

Die wirtschaftliche und politische Einheit baute auf das Prinzip der Assoziation, der unterschiedlichen Rollen und Aktivitäten mit dem Ziel eines gemeinsamen, höheren Nutzens. (vgl. Schicho 2012) Wir finden dieses Prinzip im rezenten Entwicklungsdiskurs als „Partnerschaft“ wieder. Das koloniale Modell der Assoziation und die *Economic Partnership Agreements*

der EU im 21. Jahrhundert unterscheiden sich zwar in ihrer formalen Realisierung, nicht jedoch im Ergebnis der Umsetzung; die Behauptung des gemeinsamen Nutzens wird von den „Partnern“ zurecht infrage gestellt.

Ein Element, das den gemeinsamen Nutzen sichtbar machen soll, ist die Strategie der „gebundenen Hilfe“, die im kolonialen Kontext und in den ersten Entwicklungsdekaden im Vordergrund stand, bis sie einer Tabuisierung anheimfiel, ohne dass allerdings das Phänomen als solches verschwand.

Ein weiteres Problem, das mit dem Argument des gemeinsamen Nutzens überdeckt wird, ist mangelnde Kohärenz der metropolitanen Politiken. Während auf der einen Seite Entwicklungshilfe geleistet wird, holt sich die Wirtschaft Frankreichs und über die Steuern der Zentralstaat, die eingesetzten Mittel der Entwicklungshilfe mehrfach zurück. Diesen Mangel bestätigte 1946 auch das Überseeministerium in einer Note an Sourou-Migan Apithy, den Abgeordneten von Dahomey, in der ein Nachteil für die Kolonie zugunsten der Metropole, zumindest betreffend den Warenverkehr, eingeräumt wurde. (ANOM 1affpol-908-2). Bis heute leidet das *aid system* unter der Missachtung der Kohärenz im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Hilfe.

Ein knappes Fazit kann etwa folgendermaßen lauten: Eine inhaltsbezogene Auswertung kolonialer Dokumente zeigt, dass die Gegenstände, Instrumente und Weltsichten des kolonialen Entwicklungsdiskurses den postkolonialen Diskurs wesentlich beeinflussten. Aus ihr geht jedoch auch deutlich hervor, dass der Diskurs und die Praxis von Entwicklung von allem Anfang völlig unterschiedlich waren – und dieses Problem konnten und wollten die maßgeblichen Akteure nicht aus der Welt schaffen.

Literatur und Quellen:

Abbott, George C. (1971): A Re-Examination of the 1929 Colonial Development Act. In: *The Economic History Review*, New Series 24/1: 68-81.

Ageron, Charles-Robert (2005): Le parti colonial. (<http://ldh-toulon.net/le-parti-colonial-par-Charles.html>, 22.8.2014)

Ageron, Charles-Robert. 2006. L'Exposition coloniale de 1931: mythe républicain ou mythe impérial. In: *Etudes coloniales* (<http://etudescoloniales.canalblog.com/archives/2006/08/25/2840733.html>, 18.8.2014)

Ancian, G. (1956): *La Modernisation du paysannat dans les Territoires d'Outre-Mer*. Paris: La Documentation Française, Notes et Études Documentaires no 2129.

- Andrew, C. M. / Kanya-Forstner, A. S. (1978): France, Africa, and the First World War. In: *Journal of African History* 19/1: 11-23.
- Bonneuil, Christophe (1990): Des Savants pour l'Empire, les origines de l'ORSTOM. In: *Cahiers pour l'histoire du CNRS* 10. (<http://www.histcnrs.fr/pdf/cahiers-cnrs/bonneuil.pdf>, 20.7.2014)
- Braibant, Patrick (1976): L'Administration colonial et le profit commercial en Côte-d'Ivoire pendant la crise de 1929. In: *Le Mouvement social* 107: 555-574.
- Brunschwig Henri (1959): Le parti colonial français. In: *Revue française d'histoire d'outre-mer* 46/162: 49-83. (http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/outre_0300-9513_1959_num_46_162_1305#, 22.8.2014)
- Coquery-Vidrovitch, Catherine (1976): L'Afrique coloniale française et la crise de 1930: crise structurelle et genèse du sous-développement. In: *Revue française d'histoire d'outre-mer* 63: 386-424.
- Coquery-Vidrovitch, Catherine (Hg. 1976): L'Afrique et la crise de 1930. In: *Revue française d'histoire d'outre-mer* 63: 373-776.
- Coquery-Vidrovitch, Catherine (1979): Colonisation ou impérialisme: la politique africaine de la France entre les deux guerres. In: *Le Mouvement social* 107: 51-76.
- d'Almeida-Topor, Hélène (1976): Crise commerciale et crise du système colonial en Afrique noire. In: *Revue française d'histoire d'outre-mer* 63: 538-543.
- de Soto, Hernando (2000): *The mystery of capital: why capitalism triumphs in the West and fails everywhere*. New York: Basic Books.
- Dufour, Françoise (2007): *Des rhétoriques coloniales à celles du développement. Archéologie discursive d'une dominance*. Montpellier: thèse du doctorat, Université Paul-Valéry, Montpellier.
- Dufour, Françoise (2014): The notion of 'développement' in French colonial discourses: changes in discursive practices and their social implications. In: Hodge, Joseph / Hödl, Gerald / Kopf, Martina (eds.): *Developing Africa. Concepts and practices in twentieth-century colonialism*. Manchester: Manchester University Press, 322-340.
- Eza Boto (Mongo Beti) (1954): *Ville cruelle*. Paris: Présence Africaine.
- Fairclough, Norman (2003): *Analysing discourse: textual analysis for social research*. London: Routledge.
- Gallisot, René (1976): Rappports coloniaux, rapports sociaux et impérialisme. In: *Le Mouvement social* 107: 693-707.
- Jäger, Siegfried (2004⁴): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Münster: Unrast.
- Julien, Charles-André (1950): From the French Empire to the French Union. In: *International Affairs* 26/4: 487-502.
- Klitgaard, Robert (1990): *Tropical gangsters*. New York: Basic Books (Harper Collins).
- Kothari, Uma (2005): From colonial administration to development studies: a postcolonial critique of the history of development studies. In: Kothari, Uma (ed.): *A radical history of development studies. Individuals, institutions and ideologies*. Cape Town/London/New York: David Philip/Zed Books, 47-66.
- Lagana, Marc (1990): *Le parti colonial français. Éléments d'histoire*. Quebec: Presses de l'Université de Quebec.

- Michel, Marc (2003): Les Africains et la Grande Guerre. L'appel à l'Afrique (1914-1918). Paris: Khartala.
- Niandou, Idrissa Yaye (1993): Analyse comparée du regime général des pensions de retraite au Niger et au Sénégal. Dakar: Memoire de fin d'études, Ecole national d'administration et de magisture. (<http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/ofpa/unpan003230.pdf>, 26.9.2014)
- Ramognino, Pierre (2001): Les vrais chefs de l'Empire. In: Cahiers d'histoire, Revue d'histoire critique [En ligne] 85: 57-66. (<http://chrhc.revues.org/1743>, 2.9.2014)
- Rist, Gilbert (2008): The history of development. From Western origins to global faith. 3. Aufl. London: Zed Books.
- Sachs, Jeffrey (2005): The End of Poverty. How We Can Make It Happen in Our Lifetime. London: Penguin Books.
- Sarraut, Albert (1923): La mise en valeur des colonies françaises. Paris: Payot.
- Saul, Samir (2009): Milieu d'affaires de l'Outre-Mer français et Grande Dépression des années 1930. In: French Colonial History 10: 209-243.
- Schicho, Walter (2012): L'idée de coopération, d'association et de développement dans les années 1960. In : Dumoulin, Michel / Gijs, Anne-Sophie / Plasman, Pierre-Luc / Van de Velde, Christian (Hg.) Du Congo belge à la République de Congo, 1955-1965. Bruxelles : P.I.E. Peter Lang, 265-281.
- Schicho, Walter (2014): Diskursanalyse. In: Dannecker, Petra / Englert, Birgit (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien: Mandelbaum, 127-152.
- Thomas, Martin (2005): Albert Sarraut, French Colonial Development, and the Communist Threat, 1919–1930. In: The Journal of Modern History 77: 917–955.
- Tourte, René (2005): Histoire de la recherche agricole en Afrique tropicale francophone. Vol. VI: De l'empire colonial à l'Afrique Indépendante 1945-1960; la recherche prépare le développement. Rome: FAO.
- Touzet, André (1938) : Le problème colonial et la paix du monde, vol. 4 : Recherche d'une solution de conciliation (Les solutions possibles du problème). Paris: Librairie du Recueil Sirey. (siehe ANOM 1affpol-109)

Dokumente:

ANOM (Archives Nationales d'Outre-Mer, Aix-en-Provence) :

- 1affpol-109: André Touzet „Le problème colonial et la paix du monde“, manuscrit du vol IV. de son livre *Le problème colonial et la paix du monde*, vol. 4 : *Politique étrangère, Les solutions possibles du problème*. Paris : Librairie du Recueil Sirey, 1938
- 1affpol-148: Gouvernement Général de l'Afrique Occidentale Française, Conseil de Gouvernement, Procès-Verbal de la Session de Novembre 1929
- 1affpol-160: Gouvernement du Soudan Français, Rapport Politique Annuel 1923

- 1affpol-536/3: Gouvernement Générale de l'Afrique Occidentale Française, Direction des Affaires Politiques et Administratives. Rapport Politique d'Ensemble 1925
- 1affpol-536/4: Gouvernement Générale de l'Afrique Occidentale Française. Direction des Affaires Politiques et Administratives. Rapport Politique d'Ensemble 1924
- 1affpol-536/5: Gouvernement Générale de l'Afrique Occidentale Française, Direction des Affaires Politiques et Administratives, Rapport Politique d'Ensemble Année 1923
- 1affpol-536/7: Gouvernement Générale de l'Afrique Occidentale Française Rapport d'ensemble 1923, Situation économique
- 1affpol-537: Gouvernement Générale de l'Afrique Occidentale Française, Rapport politique d'ensemble 1928
- 1affpol-538: Gouvernement Générale de l'Afrique Occidentale Française, Rapport Annuel 1932: Situation économique générale
- 1affpol-539: Chambre des Députés, Session de 1922. Rapport du premier voyage parlementaire en AOF (par les députés Valude et Proust en 1921), présenté par M. Valude
- 1affpol-541: Discours prononcé par le Gouverneur General de l'AOF M. de Coppet à l'ouverture de la session du Conseil de Gouvernement, Décembre 1936, Dakar: Imprimerie du Gouvernement Général de l'Afrique Occidentale Française
- 1affpol-624-1: Gouverneur Général de l'AOF Jules Brévié à M. le Ministre des Colonies, 16 janvier 1931
- 1affpol-624-2: Gouverneur Général de l'AOF Jules Brévié à M. le Ministre des Colonies, 6 mars 1932
- 1affpol-624-3: Le Gouverneur J.F. Reste, Côte d'Ivoire, à Monsieur le Gouverneur Général de l'A.O.F., Abidjan le 21 janvier 1936
- 1affpol-838: Le Chef de la Circonscription de Yabassi à M. le Commissaire de la République Française, Affaires Politiques et Administratives, Yaounde. Yabassi, le 25 aout 1930
- 1affpol-852-1: Ministère des Colonies, Note pour le Secrétariat du Conseil Supérieur des Colonies, Paris, le 8 Septembre 1927
- 1affpol-852-2: Union Coloniale Française, questions au Bureau du Conseil Supérieur de la France d'Outre-Mer, Paris le 9 Novembre 1937
- 1affpol-852-3: Conseil Supérieure des Colonies, Sessions 1937-38, Procès verbale de la séance du 19 mars 1938
- 1affpol-908-1: Rapport de M. Saller, Directeur du Plan, sur les principes de base pour l'établissement des plans concernant les territoires d'outre-mer, Paris, le 22 Mai 1946, suivie des recommandations pour les sous-commissions en vue de l'établissement des plans concernant les territoires d'outremer
- 1affpol-908-2: Direction des Affaires Politiques, Ministère des Colonies / France d'Outre-Mer, Note jointe à la lettre à M. Apithy, Député du Dahomey, Paris, le 21.3.1946

- 1affpol-2201/1: Conférence de Brazzaville, Afrique Occidentale Française, Rapport no. 1/G, Régime du travail indigène
- 1affpol-2201/3: Conférence de Brazzaville, documents préparatoires et recommandations, régime du travail, texte de M. Guillaume, Conseiller technique pour l'Agriculture, L'Élevage et les Forêts, Douala
- 1affpol-2201/5-1: Programme Général de la Conférence de Brazzaville (Janvier 1944)
- 1affpol-2201/5-2: Le Ministre des Colonies à M. le Gouverneur Général de l'AOF, Paris xx Janvier 1945, confidentiel
- 1affpol-2201/6-1: Tableau, sans date [1944, L'auteur n'est pas mentionné], Conférence de Brazzaville, documents préparatoires
- 1affpol-2201/6-2: Rapport concernant la réorganisation des relations Métropole – Colonies. Brazzaville, le 17 janvier 1944
- 1affpol-2288/1: Recommandations adoptés par la Conférence Africaine Française (Brazzaville, [du] 30 Janvier [à] 8 février 1944)
- 1affpol-2320-1: Le Service des Affaires Sociales de la Côte d'Ivoire, brouillon de 2 pp., [1955 ?]
- 1affpol-2320-2: Manuscrits du Centre Inter africain sur le Bien Être Rural, (C.H.E.A.M.): L'évolution de la politique des puissances européennes en Afrique noire en matière rurale, (G. Ancian, 1954, 15 pp.), Méthodes et techniques de développement des collectivités dans les territoires dépendant du Royaume Unie, (G. Ancian, 18 pp.), Éléments pouvant servir à exposer les thèses et réalisations françaises en matière de Community Development (5 Janvier 1956, 7 pp.), Les masses rurales (24 pp.), La Modernisation du paysannat dans les Territoires d'Outre-Mer (G. Ancian, 1956, 117 pp.) publié dans : La Documentation Française, Notes et Études Documentaires no 2129, 1956.
- 1affpol-2810-1: Lettre du Ministre des Colonies à M. le Gouverneur General de l'Afrique Occidentale Française, Paris, 29 Mai 1932
- 1affpol-2810-2: Rapport sur la Situation politique, économique et financière de l'AOF en 1935
- 1fides-23-1: Discours inaugural du Gouverneur Roland Pré de la séance inaugurale de la Commission d'étude et de coordination des plans de modernisation et d'équipements des Territoires d'Outre-mer, le vendredi 20 Mars 1953,
- 1fides-23-2 : Compte-rendu de la séance inaugurale de la Commission d'étude et de coordination des plans de modernisation et d'équipements des Territoires d'Outre-mer, le vendredi 20 Mars 1953
- 1fides 39-1: Groupe de Travail pour le développement rural. Notes d'orientation sur l'action rurale dans les Territoires d'Outre-Mer, Paris, le 14 Novembre 1955
- 1fides-39-2: Préparation du 3^{ème} Plan Quadriennal d'Équipement 1958-1962. Le Ministre de la France d'Outre-Mer (Gaston) Deferre aux Haut-Commissaires, Gouverneurs et Administrateurs Supérieurs, Paris, le 11 Décembre 1956

2fides-256: Aide et Coopération: Plans et programmes de Développement, Note sur l'Office du Niger, 16.2.1960

AOF 2G45/10 : Conseil de Gouvernement, Session de Décembre 1945, Rapports sur l'activité des services, 14 MIOM 2704

AOF 2G46/19 : Colonie du Sénégal, Rapport politique années 1945 – 1946, St. Louis, le 28 août 1947, 14 MIOM 1872

AOF 2G46/21 : Soudan, Rapport Politique Annuel 1946, Signé Edmond Louveau, Gouverneur du Soudan Français, 14 MIOM 1872

AOF 2G52/ 207: Territoire du Sénégal, Cercle de Kaolack, Rapport économique année 1952, 14 MIOM 2738

AOF 2G52/214: Territoire du Sénégal, Cercle Linguere, Rapport politique, Commandant du Cercle Gienger, Sénégal 1952, 14 MIOM 2738

AOF 2G53/216: Gouvernement du Sénégal, Direction Générale des Services Économiques – Direction du Plan, Compte rendu de l'exercice FIDES 1952-53, 14 MIOM 2745

AOF 2G53/218: Gouvernement du Soudan, rapport politique, première trimestre 1953, 14 MIOM 2745

AOF 2G55/138: Gouvernement de la Côte d'Ivoire, Affaires Sociales, Rapport Annuel 1955, 14 MIOM 2751

Fonds Albert Sarraut, Sous Série 12J35, Archives Départementales de l'Aude Carcassonne: René Maran sur le discours du Ministre Sarraut, le 5 novembre 1923, à l'École coloniale, Paris, publié dans: *Paris Soir*, 26.11.1923

JORF débats [Datum]: Journal officiel de la République française. Débats parlementaires. Débats et documents parlementaires. Sénat. (<http://catalogue.bnf.fr/ark:/12148/cb34363182v>); das auf der Website (und im Beitrag) angegebene Datum bezieht sich auf den Zeitpunkt der Sitzung – die Ausgabe des *Journal officiel* ist in der Regel mit dem darauffolgenden Tag datiert

JORF débats Senat 19.2.1920, 27.2.1920, Interpellation des MM. Lucien Hubert, Albert Lebrun, Crosnier, Gaston Meunier et Dominique Delahey sur les mesure envisagées pour utiliser l'aide des colonies dans la crise économique de la métropole

JORF lois [Datum]: Journal officiel de la République française. Lois et décrets, das Datum auf der website (und im Beitrag) bezieht sich auf den Tag der Veröffentlichung;

JORF 1.5.1946: loi 46-860 du 30 avril 1946: Établissement des plans d'équipement des Territoires D'outre-Mer qui doivent concourir aux programmes de développement de l'Union Française (<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000315341>, 14.9.2014)

JORF 16.12.1952: loi no 52-1322 du 15 décembre 1952 instituant un code du travail dans les territoires et territoires associés relevant du ministère de la France d'outre-mer.

(<http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000888628>,
22.9.2014)

UNESCO (1952): Definition de l'Éducation de base.
(<http://unesdoc.unesco.org/images/0012/001260/126040FB.pdf>, 3.10.2014)

USAID (2014): Economic Growth and Trade. (<http://www.usaid.gov/what-we-do/economic-growth-and-trade>, 15.7.2014)